

DIE ALTERNATIVE



ES WAR ... NETT

PSYCHISCHE BELASTUNG: **Mensch
bleiben** • EU: „Troika“ für alle



BEATE NEUNTEUFEL-
ZECHNER
Vorsitzende der
UGöD



FRITZ SCHILLER
Arbeiterkammer-
rat der AUGE/UG
in Wien



REINHARD SELLNER
Vorsitzender der
UGöD



ERNST EIGENBAUER
Betriebsrat,
Meduni Wien,
AUGE/UG



EWALD MAGNES
Betriebsrat bei
UBIS Austria,
AUGE/UG



MARKUS KOZA
UG-Vorsitzender,
im ÖGB-Vorstand
und Mitarbeiter
der AUGE/UG



ROBERT KANA
Mitarbeiter der
IG.EL



ULRIKE STEIN
Mitglied der
Bundesleitung der
UGöD

Termine



Beim ÖGB-Kongress wurden in der bundesweiten Versammlung der Unabhängigen GewerkschafterInnen auch die Funktionen neu gewählt.

Vorsitzende: gf. Markus Koza (AUGE/UG), Martina Petzl-Bastecky (KIV/UG), Beate Neunteufel-Zechner (UGöD),

KassierIn: Veronika Litschel (AUGE/UG), Stv.: Sean Patrick Stanton (UGvida),

Schriftführung: Sonja Müllner (KIV/UG), Stv.: Kurt Lang (UGPF).



Der letzte Teil der Interview-Serie wurde vor kurzem präsentiert.

Gegen den Strom

Die Film-DVD ist in der AUGE/UG um 15 Euro erhältlich.



Auch heuer gibt es wieder „Kritischen Literaturtage“ in Wien. Damit geht die Literaturmesse abseits des kommerziellen Mainstreams ins vierte Jahr.

Ziel ist es, Verlagen mit alternativen, gesellschafts- und sozialkritischen Büchern, insbesondere aber unabhängigen und kleinen Verlagen aus Österreich und im deutschsprachigen Raum, die Möglichkeit zu geben, ihr Sortiment zu bewerben und auch zu verkaufen. Ein entsprechendes Rahmenprogramm mit Buchpräsentationen, Lesungen oder Podiumsdiskussionen soll Interessierte bei freiem Eintritt anlocken.

Termin: 8. bis 10. November 2013, Ort: Yppenplatz, 1160 Wien.

DIE ALTERNATIVE

IM JULI/AUGUST



Editorial
von Renate Vodnek

Thema „ÖGB-Kongress“

Es war ... nett	Seite 4
Arbeitsrecht: Teile und herrsche	Seite 8
Reden reden	Seite 10

Gewerkschaft & Betrieb

Tierschutz: Prozess reloaded	Seite 13
Psychische Belastung: Mensch bleiben	Seite 14
UG: Stellungnahmen zu Gesetzen	Seite 18

International

„Troika“ für alle	Seite 20
Türkei: Unterdrückter Unterdrücker?	Seite 25
Menschenrechte: Krise in Honduras	Seite 26
Alter Summit: Tanzen gegen Verelendung	Seite 28

Much spezial	Seite 16
--------------------	----------

NEUES UG-VORSITZTEAM

Mitte Juni fand der 18. ÖGB-Bundeskongress statt – mit reger Diskussionsbeteiligung von Unabhängigen GewerkschafterInnen. In Zukunft wird der Kongress seltener stattfinden – die Mehrheit fand, fünf Jahre seien genug. Für uns ist das keineswegs ein Schritt in Richtung Demokratisierung des ÖGB.

Bei den stattfindenden Wahlen wurde unter anderem Markus Koza als Mitglied des ÖGB-Vorstands gewählt. Auch die Unabhängigen GewerkschafterInnen haben ihre Funktionen neu bestimmt – das neue Vorsitzteam heißt Markus Koza, Martina Petzl-Bastecky und Beate Neunteufel-Zechner.

Ein Beitrag in dieser Ausgabe beschäftigt sich mit dem Thema psychische Belastungen: Aktuelle Studien zeigen, dass diese auf dem Arbeitsmarkt zunehmen. Bereits vier von zehn Menschen leiden unter depressiven Erschöpfungszuständen. Und die Krisenpolitik in Europa trägt sicherlich auch nicht zu einer Verbesserung des psychischen Befindens der ArbeitnehmerInnen bei.

Abschließend möchte ich noch alle an ihren Abobeitrag für 2013 erinnern. Infolge der Computerumstellung unserer Alternative-Datenbank konnten leider bislang keine Erinnerungsbriefe ausgeschickt werden. Danke!

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeberin:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion:** Renate Vodnek. **Layout:** Franz Wohlkönig.
Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail für Abonnement: auge@ug-oegb.at, Redaktion: alternative@ug-oegb.at, Internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: (14 000) Kto.-Nr. 00 110 228 775, BIC: BAWAATWW, IBAN: AT30 1400 0001 1022 8 775.

Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702

Vom 18. bis 20. Juni fand im
Wiener Austria Center der 18. ÖGB-Kongress statt.
Von Fritz Schiller.

ES WAR ... NETT

Es war ein routinemäßiger Kongress, ohne große Höhepunkte und mit altbekannten Schwerpunkten. Eine Aufbruchsstimmung gerade in einer für ArbeitnehmerInnen angespannten Zeit war nicht zu erkennen.

Pikant war auch die Tatsache, dass der Kongress just drei Monate vor der österreichischen Nationalratswahl abgehalten wurde, was von einigen bürgerlichen KommentatorInnen als Wahlhilfe für die österreichische Sozialdemokratie bezeichnet wurde, wobei sie so unrecht nicht hatten.

Der ÖGB insgesamt hat in den letzten Jahren weiter an Bedeutung verloren. Ein Beleg dafür sind die nach wie vor sinkenden Mitgliederzahlen. Im Vergleich zu 2011 gab es einen Rückgang um 0,2 Prozent auf 1,2 Millionen Personen (2012). 1981 waren 1,677 Millionen Personen Mitglied einer der ÖGB-Gewerkschaften. Im Vergleich zu 2012 ist das ein Rückgang um 474.000 Personen oder um mehr als 28 Prozent. Lediglich die GÖD und die GPA-djp weisen wieder steigende Mitgliederzahlen aus, was aber die Verluste der anderen Gewerkschaften nicht kompensieren kann.

Andererseits ist es dem ÖGB beziehungsweise seinen Gewerkschaften dennoch gelungen eine nach wie vor fast 100-prozentige Kollektivvertragsabdeckung für die abhängig Beschäftigten in Österreich zu sichern. In Deutschland-West zum Vergleich halten sich 61 Prozent der Betriebe an Tarifverträge, in Deutschland-Ost gar

nur mehr 49 Prozent. Zudem beträgt die durchschnittliche Laufzeit der österreichischen Kollektivverträge zwölf Monate, die der deutschen Tarifverträge 22 Monate.

Das internationale und europäische wirtschaftliche Umfeld lässt auf keine rasche Erholung hoffen. Im Gegenteil. Es wird immer offensichtlicher, dass sich Europa in einer auch selbstverschuldeten Rezession befindet. Die Spar- und Konsolidierungsprogramme der EU zeigen ihre negativen Wirkungen.

Die EU-Kommission schätzte in ihrer Frühjahrsprognose das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Österreich für 2013 auf 0,7 Prozent, für 2014 schätzte es ebenfalls 0,7 Prozent. Die Österreichische Nationalbank ist



für dieses Jahr pessimistischer: Sie prognostiziert 0,3 Prozent, für 2014 schätzt sie hingegen einen Anstieg um 1,5 Prozent. Die EU-Kommission erwartet für dieses Jahr für die Euro 12-Länder ein Wachstum von 1,4 Prozent, für das nächste Jahr hingegen überhaupt einen Rückgang von 0,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Die niedrigen Wachstumszahlen übertragen sich auf die Arbeitsmarktsituation in Österreich, die als äußerst unbefriedigend bezeichnet werden kann. GewerkschafterInnen sehen sich mit der Aussage konfrontiert, dass es – was immer von RegierungsvertreterInnen betont wird – in Österreich viel weniger Arbeitslose als im übrigen Europa gäbe.

Das ist richtig, der relative Vergleich ist aber für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen, deren Anzahl immer mehr ansteigt, nur bedingt hilfreich. Im Vergleich zu 2011 erhöhte sich 2012 die Anzahl der Arbeitslosen und SchulungsteilnehmerInnen um 5,6 Prozent auf mehr als 327.000 Personen. Diese absoluten Zahlen sind viel aussagekräftiger als die Arbeitslosenraten, die nach der EU-Methode publiziert werden.

Der Beginn

Der Auftakt begann, wie immer, mit den klassischen Grußadressen vom Bundespräsidenten abwärts. Der Bundeskanzler durfte auch sprechen, die Hälfte der Bundesregierung, VertreterInnen wichtiger und weniger wichtiger Organisationen wurden begrüßt und beklatscht. Pfiffe verdiente sich Herr Lugar (vormals BZÖ, vormals FPÖ) vom Team Stronach, der sich im Vorfeld des ÖGB-Kongresses zu der Aussage verstieg, Gewerkschaften werden nicht gebraucht, „Frank“ Sorge ja als Unternehmer selbst gut für seine Arbeitnehmer.

Den ersten Höhepunkt bescherte den Delegierten Bernadette Segol, die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes. In ihrer Grußadresse bezeichnete sie die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der vergangenen Periode als faktisch und moralisch falsch. Die pseudowissenschaftlichen Methoden der Neoliberalen wollten das europäische Sozialmodell abschaffen. Daher sei es ein Gebot der Stunde, die einseitige europäische Sparpolitik zu unterbrechen und angesichts der ansteigenden Krise mit der hohen Arbeitslosigkeit, vor allem in Südosteuropa ein Investitionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung in der Höhe von einem bis zwei Prozent des EU-BIPs in Gang zu bringen. Mit ihrer sehr emotional vorgetragenen Rede in einem Deutsch mit französischer Färbung, erntete sie zu Recht Standing Ovationen.

Der Leitantrag und die Statuten

Das Herzstück jedes ÖGB-Kongresses ist die Behandlung des Leitantrages des ÖGB-Bundesvorstandes. Das vorgelegte Dokument gliederte sich in 16 Kapitel auf neunzig Seiten. Es gab Kapitel zu Arbeitsmarkt, Arbeitszeit, ArbeitnehmerInnen- und Bedienstetenschutz, Gesundheit, Pflege, Pensionen, Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Familienpolitik, Bildung, Arbeitsrecht, Kollektivverträge und Mitbestimmung, Europa, Österreichs Wirtschaft, ein eigenes Kapitel für Ökologisierung (!), Internationales sowie Demokratie und Verfassung.

Vorweg: Es war ein braver Leitantrag. Es gab nicht die zündende Forderung, die die österreichische Gewerkschaftsbewegung von ihrer defensiven Position in eine



aktive Rolle hätte bringen können. Die Frage einer generellen Arbeitszeitverkürzung zum Beispiel wurde zwar auf Seite 17 erwähnt, hätte sie Rene Schindler bei seiner Zusammenfassung der Kapitel nicht erwähnt, wäre sie fast untergegangen. Dass jetzt schon längst eine Arbeitszeitverkürzung auf dreißig Wochenstunden bei vollem Lohnaus-

gleich angesagt ist, wurde im Leitantrag nicht thematisiert. Zur Erinnerung: Die letzte allgemeine Arbeitszeitverkürzung trat 1970 in Stufen in Kraft. Seither gab es ganz selten branchenweise Arbeitszeitverkürzung. Anlass für eine dieser seltenen Gelegenheiten gab es, als ein sichtlich stolzer Roman Hebenstreit, Vorsitzender des ÖBB-Konzernbetriebsrates dem Bundeskongress verkündete, dass just am Abend zuvor eine Einigung über die Einführung einer 38,5-Stunden-Woche für die ÖBB-MitarbeiterInnen vereinbart wurde. Gratulation!

Eine intensive Diskussion gab es zum Kapitel Bildung, wobei die Frage der ganztägigen Gesamtschule im Zentrum der Argumentationen stand. Hier verlief die Front, wie nicht anders zu erwarten, zwischen der FCG-dominierten Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und den anderen Gewerkschaften und Fraktionen.

Interessant war die Diskussion über die „Kollektivverträge“, die sich jedoch nicht, wie angenommen, im vorgeschlagenen Kapitel entwickelte, sondern in Kapitel Europa intensiv entzündete. Die wichtigste Aussage zur Lohnpolitik war auch nicht in dem vorgesehenen Kapitel „Kollektivverträge“ zu finden, sie tauchte unter „Österreichs Wirtschaft“ im zweiten Absatz auf, wo es heißt: „Generell ist eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik – also ein Orientierung der nominellen Lohnsteigerungen an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung plus Zielinflation – anzustreben“. Offen dabei blieb, um welche Größe sollte es sich bei der Zielinflation handeln? Wurde

Bitte umblättern



hier bewusst (?) eine Forderung von Gustav Horn vom „Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung“ übernommen?

Eine hitzige Diskussion über die Vermögenssteuer gab es bei der Vorstellung zur Wahl zum ÖGB-Vorstand von Monika Gabriel, der stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, die sich mit dem Argument, es würde mit der Vermögenssteuer das „Gartenhaus“ besteuert werden, den Unmut eines Großteils der Delegierten zuzog. Kollegin Gabriel hat wohl noch nicht begriffen, dass die Besteuerung von Vermögen nach den ÖGB-Beschlüssen erst ab einem Wert von über 700.000 Euro schlagend wird. Falls jemand ein Gartenhaus im Wert von über 700.000 Euro sein eigen nennt, wird er/sie wohl fähig sein, einen kleinen Beitrag für die Finanzierung von allgemeinen Aufgaben des Staates zu übernehmen.

Die Forderung nach Wiedereinführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer ab 150.000 Euro als Mitfinanzierung zum Pflegefonds aus dem Leitantrag wurde dahingehend verändert, dass der Betrag gestrichen wurde, da er offensichtlich zu Missverständnissen führte.

Mitten in die Beratungen über den Leitantrag platzte die Nachricht über die Insolvenz der Baufirma Alpine. Wie sich herausstellte, sind von der Pleite 5000 ArbeitnehmerInnen betroffen. Ein sichtlich betroffener Josef Muchitsch, Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz, schlich aus dem Versammlungsraum, um mit Rudi Hundstorfer eventuelle Rettungsmaßnahmen zu beraten. Vielleicht war es Zufall, aber erst nach dieser Meldung kam die Diskussion über ein Konjunkturprogramm in Gang. Das wäre eine zentrale Forderung des ÖGB gewesen, in der er eine aktive Rolle spielen hätte können. Nun wird sie von anderen besetzt.

Die Arbeit von Willi Mernyi, Leiter des ÖGB-Referates für Organisation und FSG-Bundesgeschäftsführer, ging etwas unter. Hier ist nicht die Rede von seinen gewerkschaftlichen Aufgaben. Willi brachte es mit anderen zu stande, den Rechten die Feiern zum 8. Mai am Heldenplatz wegzunehmen. Keine kruden Fackelzüge und Beschwörungen der Treue und Pflichterfüllung „unserer“ Soldaten zum

Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges wird es von nun an mehr geben. Ab 2013 wird die Tradition des Tages der Befreiung mit einem Konzert der Wiener Symphoniker am Heldenplatz begründet. Und das ist gut so.

Eine kleinere Kontroverse gab es zum Statutenantrag, den Bundeskongress nicht wie bisher alle vier Jahre, sondern nur mehr alle fünf Jahre zu veranstalten. Ein sehr erfolgreicher Handelsangestelltengewerkschafter verstieg sich zur Argumentation, dass es besser wäre, wenn die Betriebsräte ihre Arbeit in den Betrieben machen würden, dort, nämlich (!), wo sie gebraucht würden. Schließlich würde der Bundespräsident auch für sechs Jahre gewählt und keiner würde sich aufregen. Diese Argumente sind nicht nachvollziehbar. Zum einen handelt es sich beim ÖGB um die Organisation der ArbeitnehmerInnen, die auf gesamtgesellschaftlicher Ebene agieren soll und muss und nicht um die eines Unternehmens. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat völlig andere Aufgaben als die Betriebsräte. Er hat arbeitnehmerInnenrelevante Forderungen für alle in Österreich Beschäftigten aufzustellen und wenn möglich durchzusetzen. Dem Kollegen ist wohl die gesamte Debatte um die Demokratisierung in den europäischen Gesellschaften entgangen. Dass die Menschen verstärkt durch Volksbefragungen sowie Volksabstimmungen mitbestimmen wollen, findet demnächst seinen Ausdruck in der österreichischen Gesetzgebung.

Das Argument der sechsjährigen Amtszeit des Bundespräsidenten kann auch nicht überzeugen. Der Bundespräsident ernennt zwar die Regierung, aber wie wir zuletzt bei der schwarz-blauen Regierung gesehen haben, scherte sich Schlüssel einen Dreck um die verfassungsmäßigen Rechte von Herrn Klestil und zwang ihn zur Angelobung seiner Regierung. Lediglich den blauen Herrn Prinzhorn konnte er verhindern. Was hätte er auch tun sollen? Mit dem Bundesheer als Oberbefehlshaber die schwarz-blaue Regierung verhindern?

Schließlich dürfte der erfolgreiche Handelsangestellten-gewerkschafter die Bemühungen um eine Demokratisierung nach dem BAWAG-Debakel vergessen haben. Wo ist

das Antragsrecht für das einzelne ÖGB-Mitglied, wie es das schon zum Beispiel bei der GPA-djp gibt? Wo ist die Möglichkeit einer Urabstimmung? Eine Verlängerung der Zeit zwischen den ÖGB-Kongressen um ein Jahr auf fünf Jahre ist keineswegs ein Schritt in Richtung Demokratisierung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Die Wahlen zum ÖGB-Vorstand

Bei den Wahlen zum ÖGB-Vorstand gab es keine Überraschungen: Erich Foglar wurde als Präsident mit 93,5 Prozent wiedergewählt, was nicht verwundert, da er ein absolut sympathischer und integrierter erster Repräsentant der österreichischen Gewerkschaften ist. Seine Stellvertreterin Sabine Oberhauser erhielt 89,4 Prozent, sein Stellvertreter Norbert Schedl von der FCG erhielt 89,1 Prozent. Bei den weiteren Mitgliedern erhielten der ÖGJ-Vorsitzende Sascha Ernzt und Pro-GE-Vorsitzender Rainer Wimmer mit 98,4 Prozent die größte Zustimmung. Markus Koza, der Vorsitzende der UG, schnitt mit 94,7 Prozent sehr passabel ab, was den FCG-Kandidatinnen Sabine Lukse (77,6 Prozent) und Monika Gabriel (78,6 Prozent) nicht gelang. Letztere hatte sich durch eine sehr autoritäre Vorsitzführung und ihre Wortmeldung zur Vermögenssteuerung nicht viele Freunde gemacht.

Die Leitenden Sekretäre Bernhard Achitz und Martina Gerharter (verantwortlich für Finanzen), die den im Vorjahr zur Westbahn als Vorstandsvorsitzender abgewanderten Clemens Schneider abgelöst hatte, wurden vom neu gewählten ÖGB-Vorstand wiederbestätigt. Monika Gemperle, die dritte Leitende Sekretärin, war Mitte letzten Jahres als stellvertretende Generalsekretärin zur neuen internationalen Branchengewerkschaft IndustriALL nach Genf gewechselt, wurde nicht nachbesetzt.

Es war ein netter Bundeskongress, es haben sich viele nette Leute getroffen, die gesamte Breite der Gewerkschaftsbewegung war zugegen. Eine Gewerkschaft hat aber eine Kampforganisation (copyright: Sandra Frauenberger) zu sein. Der Neoliberalismus wird nicht von selbst sein Ende finden. Die Menschen und als eine wichtige organisierende Kraft die Gewerkschaftsbewegung müssen sich ihm entschieden entgegenstellen, damit Menschlichkeit, Würde und Fairness in den Arbeitsprozess einkehren. Von einer Kraft, die diese Anforderungen erfüllen kann, sind die österreichischen Gewerkschaften leider noch entfernt. ■



Der ÖGB hat im Leitantrag seines 18. Bundeskongresses beschlossen, die „Flucht aus dem Arbeitsrecht“ wirkungsvoll zu bekämpfen.

Von Robert Kana.

TEILE UND HERRSCHE

Der Hintergrund dieser Forderung ist die zunehmende Praxis am Arbeitsmarkt, Werkverträge oder freie Dienstverträge anstelle von echten Dienstverträgen auszustellen. Freie Dienstverträge haben für die ArbeitnehmerInnen zwei große Nachteile:

1. Sie erhalten bei gleicher Leistung ein geringeres Entgelt und verlieren arbeitsrechtlichen Schutz. Der Republik entgehen somit via Sozialversicherungen und Steuern Einnahmen.
2. ArbeitnehmerInnen verlieren weiters durch freie Dienstverträge Mitbestimmungsrechte wie Betriebsratsbildung, Wahl zum Betriebsrat und sogar das Streikrecht.

Salamitaktik

Die Salamitaktik der heterogenen Unternehmenslandschaft geht auf. Unternehmen ersparen sich durch freie Dienstverträge Sonderzahlungen, die kollektivvertraglich festgelegt sind und somit nur den echten Dienstverträgen zugutekommen. Den ArbeitnehmerInnen entgehen dadurch Urlaubsansprüche, Vorrückungen und Zulagen. Die ArbeitgeberInnen ersparen sich aber nicht nur Geld, sie ersparen sich auch potenziell aufmüpfige MitarbeiterInnen. Denn freie Dienstverträge haben keinen besonderen Kündigungsschutz.

Nach und nach sind in den letzten zwanzig Jahren immer mehr Branchen vom Arbeitsrecht „befreit“. MitarbeiterInnen, die vor zwanzig Jahren echte Dienstverträge hatten, haben diese heute nicht mehr automatisch. Der Staat muss „schlanker“ werden, sich also selber abschaffen: Stück um Stück. Neben den Museen geht es um Bibliotheken und Wissenschaft und Forschung (Universitäten, Krankenhäuser etc.). Freie Dienstverträge werden zum Einstiegsmodell in Institutionen.

Die sogenannte „Privatwirtschaft“ sieht dem Treiben nicht lange zu, sondern beginnt nach dem Vorbild des Staates „auszugliedern“. Leiharbeit, Outsourcing und damit

verbunden Werkvertragsregelungen und freie Dienstverträge nehmen seit zirka zwanzig Jahren langsam, aber kontinuierlich zu. Mit jeder Ausgliederung gehen ArbeitnehmerInnenrechte verloren, die Verträge werden „freier“. Und Freiheit ist doch etwas, das alle wollen.

Einäugig durch Spaltung

Die Gewerkschaft ist lange auf einem Auge blind. Im Hinblick auf die Praxis der „Ausgliederungen“ sind die komplexen Strukturen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes problematisch: Es ist für Einzelne schwierig, einen Blick über die Gesamtlage zu erhalten.

Einmal werden die Putzdienste „ausgliedert“, einmal die VerkäuferInnen, ein anderes Mal die Haustechnik, ein weiteres Mal sind es die BuchhalterInnen. Immer eine andere Branche, damit die Gewerkschaften, die branchenorganisiert sind, keinen eindeutigen Zusammenhang erkennen. Selbst dann nicht, wenn diese „Ausgliederungen“ dasselbe Unternehmen betreffen.

Die Teilgewerkschaften haben geringe Chancen, Einblick in die Verhältnisse der anderen zu gewinnen. Die Methode der Spaltung ist immer dieselbe: Zuerst werden Berufsgruppen diffamiert, beispielsweise als „Privilegienritter“ (Bundesbahn, BeamtenInnen, LehrerInnen, Rundfunk, etc.) abgestempelt. Danach werden wirtschaftliche Motive ins Spiel gebracht (Wettbewerb, globale Wirtschaft...). Irgend einen Grund gibt es immer.

Neue Technologien benötigen neue Berufe und also braucht es „Neue Selbstständige“, die auch gleich die ArbeitgeberInnenanteile an der Sozialversicherung selbst bezahlen. Schließlich die Fachhochschulen: Wenn ein System neu aufzustellen ist, dann aber richtig! Die Fachhochschulen sind von Beginn an „schlank“ und „autonom“ aufgestellt. Der Staat beteiligt sich nur als Sponsor. Machen lassen. 86 Prozent des Personals an den Fachhochschulen sind outgesourcetes Personal – mit im Schnitt alle drei Jahre wechselnden Bedingungen von Werkverträgen und freien Dienstverträgen in den letzten zwanzig Jahren. Je nachdem,



Die Methode der Spaltung ist immer dieselbe: Zuerst werden Berufsgruppen diffamiert, zum Beispiel als „Privilegienritter“ abgestempelt. Danach werden wirtschaftliche Motive ins Spiel gebracht (Wettbewerb, globale Wirtschaft...). Irgendeinen Grund gibt es immer

wie zähe Klagsprozesse gerade höchstgerichtlich entschieden wurden. „Alte“ Machtverhältnisse (Proporz) werden hier zum „neuen“ Bildungsmodell geformt.

men: „Uns geht’s gut.“ Jede Branche hat andere Probleme, ist das Argument. Die Sicherung von Arbeitsplätzen ist zudem ein wichtiges Ziel.

Und niemand regt sich auf

Die Fachhochschulen sind ein Mikrokosmos dafür, wie man’s „richtig“ macht. Die „freien“ Dienstverträge geben eine freie Hand. Die Verträge sind vordergründig sachlich gerechtfertigt semesterweise auf fünf Monate befristet. Nach jedem Semester ist jede LektorIn austauschbar, ersetzbar. Das kriegt jede einzelne auch täglich zu spüren. Will mensch den Lehrauftrag, muss sie/er es sich gut stellen. Allzu weit darf sich niemand exponieren. Damit über die Gesamtlage kein wirkliches Bewusstsein entsteht, werden Zusammenkünfte unterbunden, so gut es geht. Gemeinsame Veranstaltungen gibt es nur dann, wenn es sich nicht vermeiden lässt: Und dann unter Aufsicht.

Regt sich Widerstand, wird an andere Stellen verwiesen. Die Stundensätze blieben über fast ein Jahrzehnt gleich. Regt sich jemand auf, wird die eigene Notlage in den Vordergrund gerückt: „Ich würde ja, wenn ich mehr Budget hätte“. Hilft das alles nichts: „Wir müssen dir ja keinen Vertrag mehr ausstellen.“

Was an Fachhochschulen täglich gelebte Praxis ist, findet auch auf gewerkschaftlicher Ebene statt. Die „Befreiung“ vom Arbeitsrecht geht branchenweise über die Bühne. Die Teilgewerkschaft, die „gerade nicht dran“ ist, kann aufat-

Gemeinsam oder vogelfrei

Die so geschaffenen „Vereinzelungen“ ermöglichen also in erster Linie, Freiheitsgrade für die ArbeitgeberInnenseite zu schaffen. Auf ArbeitnehmerInnenseite ist die Konkurrenz zwischen fix Angestellten und freien DienstnehmerInnen eröffnet. Das wieder gebräuchliche Wort „Lohndrücker“ zeigt die mangelnde Solidarität. Gewerkschaften haben ihre Stärke immer nur aus einem Zusammenhalt gespeist, bei dem den ArbeitnehmerInnen klar ist, dass gemeinsame Interessen bestehen. Salamtaktik und Vereinzelung ermöglichen diese Zusammenhänge zu verschleiern und Solidarisierung über die Branche hinweg zu verhindern.

Mit dem Leitantrag zum 18. Bundeskongress hat der ÖGB ein Zeichen gesetzt, dass ArbeitnehmerInnenrechte nicht teilbar sein dürfen. Rechte der ArbeitnehmerInnen sind gemeinsame Rechte. Und um diese muss gemeinsam gerungen werden. Die Vereinzelung ist weit fortgeschritten, es bedarf noch großer Anstrengungen von gewerkschaftlicher Seite, diese zu überwinden. Das Bewusstsein über diese Zusammenhänge und der Organisationsgrad der Gewerkschaften sind in dieser Hinsicht schwach und somit zu stärken. ■

Im Rahmen der Antragsdebatte hat die UG zu jedem Kapitel Redebeiträge abgegeben. Wir haben Auszüge aus den Reden einiger TeilnehmerInnen, nämlich von *Ernst Eigenbauer*, *Beate Neunteufel-Zechner*, *Reinhard Sellner* und *Ulrike Stein* thematisch zusammengefasst.

REDEN REDEN

Leitantragskapitel: Arbeitsmarkt

Frauenförderung angehen – auch in Führungspositionen

• Ernst Eigenbauer: „Im Kapitel „Arbeitsmarkt“ findet sich zum Punkt „Frauen“ unter anderem der Satz: „Ziel ist grundsätzlich die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit und die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungsfunktionen.“ In den Gewerkschaften und im ÖGB sind in acht Top-Positionen acht Männer. Gelten die eigenen Forderungen im eigenen Haus nicht?

Männer müssen ein aktives Bekenntnis und Tun zur Frauenförderung ablegen, damit sich was bewegt. Andernfalls bleiben alle Forderungen in diese Richtung leere Worthülsen.

In 5 Jahren (eigentlich lieber schon in 4, aber die Funktionsperiode wird ja verlängert) möchte ich nicht das Gleiche sagen müssen. Nein, ich erwarte, dass dann in Summe 4 Frauen als Vorsitzende in den Teilgewerkschaften und dem ÖGB und somit die 40-Prozent-Quote erfüllt ist.“



• Ulli Stein: „Es hat Tradition, dass die Sprossen der Erfolgsleiter für den Standardlebenslauf des 40-jährigen, heterosexuellen, österreichischen Mannes ausgerichtet sind. Um Frauen gleiche Chancen in allen beruflichen Feldern und Hierarchien zu ermöglichen, müssen wir die Tradition ändern. Das Ziel heißt: es ist normal, dass Männer Auszeiten vom Berufsleben nehmen. Männer gehen in

Karenz – genauso wie Frauen. Männer nehmen alle Arten von familiären Betreuungspflichten wahr – genauso wie Frauen. Männer nehmen sich berufliche Auszeiten wie zum Beispiel Sabbaticals oder Bildungskarenzen – genauso wie Frauen. Damit wird „der Mann“ für den Arbeitgeber genauso unkalkulierbar wie „die Frau“. Die durchgehende Berufslaufbahn darf nicht automatisch den Ausschlag für Beförderungen und qualifizierte Stellen geben.“

• Ulli Stein: „Führung in Teilzeit muss Einzug in die berufliche Normalität finden. Führung in Teilzeit kann bedeuten, Führung zu teilen, und das heißt dann, gemeinsam in einem Führungsteam Konzepte zu erarbeiten, Verantwortung zu teilen und gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Führung in Teilzeit bedeutet auch nach 20, 30 oder wieviel Stunden auch immer, die Bürotür hinter sich zu schließen und sich anderen Lebensbereichen und Aufgaben widmen zu können. Führung in Teilzeit heißt damit, Karriere und Lebensplanung unter einen Hut bringen zu können – eine Führungsposition und Kinder, eine Führungsposition und die Betreuung von Angehörigen, muss sich nicht aus-

schließen oder zu einer fast unlösbaren Aufgabe werden. Weder für Frauen noch für Männer. Und wenn Führung in Teilzeit „Führung teilen“ impliziert, dann müssen wir fordern, dass dies gleichberechtigt und zumindest paritätisch besetzt erfolgt.“

• Beate Neunteufel-Zechner: „Ich möchte dringend darauf hinweisen, wie wichtig es ist, dass eine Aufhebung des Aufnahmestopps im öffentlichen Dienst endlich erreicht wird, im Interesse junger und weiblicher Arbeitskräfte.“

Zergliederung von Arbeitsprozessen

• Beate Neunteufel-Zechner: „Vermessung und Evaluierung in der Arbeitswelt führen zu einer Vermehrung von Projektarbeit und zur Zergliederung von Arbeitsprozessen in vertreibbare Module. Insbesondere in den Fachhoch-

schulen gibt es daher kleine Stammebelegschaften, die einen Betriebsrat wählen, und eine enorme Anzahl von prekär beschäftigten Lehrenden, die Lehr-Module anbieten und in kleinen Einheiten verkaufen müssen, so dass sie nie eine Chance auf Übernahme in die Stammebelegschaft haben werden und nie ein Betriebsratswahlrecht. Hier muss die Gewerkschaft in ganz eigenem Interesses aktiv werden, geht es doch auch um neue Mitglieder!

Reinigungsfirmen bieten Grundreinigung kostengünstig an: Das geht nur, wenn sie Frauen in Teilzeit (um die 600 Euro brutto im Monat) beschäftigen. Darüber hinaus werden Reinigungsprojekte angeboten, die von geringfügig beschäftigten Projekt-Putzfrauen und -männern erledigt werden können. Das ist für mich: Sparen am falschen Ende und auf niedrigstem Niveau, bei denen, die in der Verdienstkette am untersten Ende liegen!“

Für Projekt-MitarbeiterInnen an den Universitäten gilt, dass langjährige Beschäftigung in wissenschaftlichen Projekten keine Arbeitsplatzsicherheit gewährleistet, dass sich diese Form der Projekt-Beschäftigung durch Verzicht auf Familienleben und auf langfristige Existenzsicherung als wirkliche Selbstausbeutung herausstellt, da die Übernahme in ein ordentliches Dienstverhältnis nahezu nie vorkommt. Ein Beispiel: KulturvermittlerInnen „dürfen“ sich um Führungen zu einzelnen Ausstellungen bewerben, für die Zuteilung von Aufträgen müssen sie ständig auf Abruf leben; bei einer einzigen Terminabsage aus familiären Gründen kommen sie mitunter nicht mehr zum Einsatz. Sie verlieren sofort ihr ohnehin überwiegend geringfügiges Einkommen. Das ist ein Akademikerinnenleben auf höchstem Risiko-Niveau!“

„Die Konsequenz daraus für mich als unabhängige Gewerkschafterin: Der Österreichische Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften müssen sich für eine existenzsichernde Teilhabe am Arbeitsmarkt einsetzen und im Bereich der Kollektivverträge und der Arbeitsverträge Umgehungen aller Arten verhindern. Die Forderung muss daher sein, dass öffentliche Förderungen nur mehr dann an Unternehmen vergeben werden, wenn dadurch eine konkrete Steigerung der Beschäftigtenzahlen, verbunden mit Qualitätsmerkmalen von existenzsichernden Arbeitsplätzen garantiert werden können.“

Einkommensbericht

Gute Ansätze, aber bitte mehr!

• Ernst Eigenbauer: Um das Instrument des Einkommensberichtes schärfer zu gestalten, müssen Gehälter und Überstunden in einer eigenen Auswertung betrachtet werden; Denn es geht ja auch im den Abbau von Mehrarbeit zu Gunsten von neuen Arbeitsplätzen. Mit detaillierten Auswertungen können die Bereiche gefunden werden, wo dies möglich ist. Es kann untersucht werden, in welchen Lohnbereichen Überstunden in welcher Höhe und Regelmäßigkeit anfallen und ob Männer mehr sowie besser bezahlte Überstunden haben als Frauen. Die Forderung nach Einstellung neuer MitarbeiterInnen bei regelmäßigem Anfall von Überstunden kann besser begründet werden. All-Inclusive-Verträge müssen ebenfalls aus dem Einkommens-

berichtsbericht herausgenommen werden und extra analysiert werden; eigentlich sollten sie ja nur für Führungskräfte beziehungsweise Personen in Führungspositionen gelten und nicht, wie derzeit, sehr „ausbeuterisch“ vergeben werden.“



Europa und Internationales

Kreativindustrie als neues Spielfeld?

• Beate Neunteufel-Zechner: „Ich wünsche mir vom ÖGB und seinen Mitgliedern Solidarität mit den ArbeitnehmerInnen der europäischen Länder Griechenland, Spanien, Irland, Portugal, Rumänien, Bulgarien und allen anderen, denen mit falschen Sparvorgaben demokratische Rechte entzogen werden! Ich möchte auf ein neues Schlagwort hinweisen: die Kreativindustrie. Große EU-Projekte sind in Vorbereitung, die unter anderem dazu dienen sollen, dass verantwortungsbewusst und qualitativvoll erzeugte Produkte des öffentlichen Dienstes von Konzernen für ihre private Gewinnmaximierung nutzbar gemacht werden sollen. Konzerne bieten unter anderem Software an, die ihnen Zugang zu Daten aus öffentlich-dienstlicher Produktion ermöglicht und eine Datenabsaugung und kommerzielle Nutzung von Kultur- und Bildungsdienstleistungen erlaubt, die bisher nur im öffentlichen Dienst und im öffentlichen Interesse erzeugt und genutzt wurden. Es

Bitte umblättern

handelt sich etwa um Suchmaschinen, die langfristig nur mehr die kommerzielle, aber nicht mehr eine wissenschaftliche Nutzung zulassen werden. Das bedeutet eine schwerwiegende Beeinträchtigung unseres Kultur- und Wissenschaftsarbeitersmarktes mit unabsehbaren Konsequenzen für InformationsdienstleisterInnen in Österreich.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften werden ersucht, diese Entwicklung der Kreativindustrie kritisch zu beobachten und große Schäden für die österreichische Arbeitswelt rechtzeitig durch geeignete Maßnahmen wie eine Stärkung der öffentlichen Dienste und intensiver Mitarbeit an künftigen Datenschutzregulierungen zu verhindern.“



Bildung

Bildung für alle ist finanzierbar

• Reinhard Sellner: „Der ÖGB fordert mit dem Leitantrag nicht nur das Menschenrecht auf Bildung für alle, ohne soziale Schranken und soziale Diskriminierung, sondern auch die Bereitstellung der dazu notwendigen Budgetmittel: „Bildung ist finanzierbar – allerdings nicht ohne vermögensbezogener Steuern.“

Bundesweit verbindliche Standards für Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Bezahlung der KollegInnen PädagogInnen sollen die Qualität der Bildungsarbeit in den Kindergärten in ganz Österreich verbessern. Die Verwirklichung der Forderungen zur Elementarbildung brauchen branchenübergreifende gewerkschaftliche Kooperation von GPA-djp, GdG, Vida und GÖD. Der ÖGB-Vorstand sollte die Möglichkeit schaffen, Elementarpädagogik in

einer Organisationsstruktur, welche die Grenzen der Teilgewerkschaften überwindet, zu thematisieren.

Die Forderung nach Überwindung sozialer Benachteiligung im Bildungsbereich ist so alt wie die Gewerkschaftsbewegung. Der ÖGB fordert einmal mehr das Ende des Auseinanderdividierens der Kinder und Jugendlichen und die gemeinsamen Schule bis zum Ende der Schulpflicht, also bis fünfzehn, aber diesmal, und das ist neu und mit den Sozialpartnern koordiniert: Ein gemeinsames 9. Schuljahr soll sicherstellen, dass jede und jeder Jugendliche fundiert und bewusst entscheiden kann, ob sie und er nach dem Pflichtschulabschluss, den alle erreichen sollen, eine Lehrausbildung, eine Berufsbildende oder eine Allgemeinbildende höhere Schule wählen.

Die kapitalistische Wirtschafts- und Finanzkrise, die zu einer Budgetkrise und zur Krise des Sozialstaates umgelogen wird, gefährdet auch in Österreich den Sozialstaat und den öffentlichen Dienst, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Der ÖGB fordert aber im Leitantrag dieses Kongresses nicht nur die Sicherung des Sozialstaates und seiner öffentlichen Dienste, er sagt auch, gemeinsam mit der AK und dem EGB, wie diese Forderungen zu finanzieren sind. Ein schulreform-taugliches Dienstrecht für alle LehrerInnen, die in Zukunft alle unabhängig von der Schulstufe, an der sie unterrichten, masterwertig ausgebildet werden, bringt entsprechend höhere Gehälter für rund achtzigtausend LehrerInnen im Pflichtschul- und berufsbildenden Bereich. Das kann nicht mit Nulllohnstunden und Arbeitszeiterhöhungen finanziert werden, da braucht es zusätzliche Steuergelder. Die Umsetzung der ÖGB-Forderung nach vermögensbezogenen Steuern ist zur Sicherung und Verbesserungen der öffentlichen Dienste notwendig. Nur gemeinsam werden wir eine vorrangig an den Interessen der arbeitenden Menschen orientierte Budgetpolitik der Bundesregierung erreichen.“

Der Leitantrag allgemein

Viele gute und wichtige Forderungen in vielen Kapiteln. Einiges hätte sich die UG schärfer gewünscht. In manchen Bereichen wäre eine deutliche politische Analyse, die eine grundlegende Positionierung festlegt, wichtig gewesen. Aber: Die deutliche Ablehnung der derzeitigen Europäischen neoliberalen Wirtschaftspolitik, die Nennung der wirklichen Krisenursachen und das Bekenntnis zum Kampf gegen Eingriffe in gewerkschaftliche Rechte sind entscheidende Teile dieses Arbeitsprogramms für die nächsten fünf Jahre.

In der Vorstellung des Leitantrags und in den Wortmeldungen von Erich Foglar wurde sichtbar, dass die Europäische Sozialunion Priorität in den europäischen Gewerkschaften hat.

Uns allen bleibt nun die wichtige Aufgabe, die Arbeit des ÖGB's und seiner Repräsentanten (Frauen kommen in dieser Ebene leider nicht vor) an den aufgestellten Forderungen zu messen, diese einzumachen. Und natürlich bleibt es unsere Aufgabe, unsere Forderungen in aller Schärfe weiter in die Arbeit des ÖGB's einzubringen. ■

PROZESS RELOADED

Damit geht der Prozess in die nächste Runde. Ursprüngliche Begründung war der Vorwurf der Bildung einer kriminellen Organisation gemäß dem „Mafia Paragrafen“ § 278a Strafgesetzbuch. In dieser Sache ist der Freispruch rechtskräftig, die nun angeklagten Paragrafen haben es allerdings auch in sich: Vorgeworfen werden versuchte Schwere Nötigung von pelzhandelnden Bekleidungsunternehmen wie KleiderBauer oder Fürnkranz, Sachbeschädigung, Tierquälerei und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Das zentrale Argument der Staatsanwaltschaft ist, dass bereits die Ankündigung einer legalen Protestkampagne oder Demonstration den Strafbestand der schweren Nötigung erfüllen würde. Strafraumen dafür: Sechs Monate bis fünf Jahre Haft. Vorgewor-

Im Tierschutzprozess wurden die Freisprüche gegen fünf AktivistInnen Ende Mai aufgehoben.

Von Renate Vodnek.

fen werden „Straftaten gegen das Vermögen der Firma“, in dem zum Beispiel „in einer Rede im Rahmen der Aktionärsversammlung ... eine Kampagne“ angedroht wurde. Kampagnen, die laut Beweiserhebung aus Flugblattverteilen, Informationskundgebungen oder Medienberichten bestehen. Das Oberlandesgericht kann die Tatsachenfeststellung des Erstgerichts nicht bezweifeln, dass die TierrechtsaktivistInnen keine Straftaten begangen haben. Doch das

Anschreiben von Firmen mit der Aufforderung, den Pelzhandel einzustellen, weil es sonst legale Kam-

pagnen geben würde, wird als Nötigung interpretiert. Denn Informationen an KundInnen könnten zu Umsatzeinbußen und damit zu Geschäftsschädigung führen.

Eine gute Möglichkeit, (aktive und potentielle) KritikerInnen der herrschenden Verhältnisse einzuschüchtern und zu kriminalisieren sowie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit weiter auszuhöhlen. Denn wer entscheidet, welche Handlungen das Vermögen einer Firma bedrohen, schwere Sachbeschädigung oder Nötigung darstellen? Gehört ein auf der Erde liegendes verteiltes Flugblatt bereits in die Kategorie „Sachbeschädigung“? War der Oktoberstreik 1950 in Wirklichkeit eine breit angelegte schwere Nötigung durch die Lohnabhängigen? In Zukunft könnte also ein Streik für bessere Arbeitsbedingungen nicht nur als nicht zulässig erklärt werden, sondern die Streikenden mit dem Vorwurf der Schwere Nötigung verhaftet werden.

Nach vier Jahren Verfahrensdauer ist damit für die fünf AktivistInnen noch immer kein Ende in Sicht. Betroffen sind derzeit AktivistInnen der Tierrechtsbewegung, aber treffen kann es jede von uns – gemeint sind wir alle. ■

<http://antirep2008.org/>



Filmtipp: Der Prozess

Der Film von Gerald Igor Hauzenberger handelt vom Prozess gegen 13 TierschützerInnen, die nach dem sogenannten Mafia-Paragraf 278a angeklagt wurden. Ihnen wurde die Bildung einer kriminellen Organisation vorgeworfen. Dadurch bekam eine Sonderkommission (SOKO) bereits 2007 weitreichende Ermittlungsbefugnisse, wie Videoüberwachung, Abhörmaßnahmen oder E-Mail-Auswertung. Trotz 5 Millionen Steuergeldern für die Ermittlungstätigkeit der SOKO wurden keine Beweise gefunden – der Prozess endete schließlich mit einem Freispruch in allen Punkten.

Wer nun glaubt, dass damit die Sache erledigt ist, irrt. Viele der AktivistInnen stehen wegen der Prozesskosten vor dem finanziellen Ruin. Mittlerweile wurde der Berufung der Staatsanwaltschaft stattgegeben – was auf der einen Seite weitere Prozesskosten bringen würde und auf der anderen Seite die Ungewissheit für die Angeklagten verlängert.

Handelt es sich also um einen Musterprozess gegen zivilen Ungehorsam? Müssen alle, die sich aktiv in einer NGO engagieren, fürchten, als Mitglied einer terroristischen Organisation angeklagt zu werden? Der Filmemacher Gerald Igor Hauzenberger begleitete einen der größten Prozesse der Republik mit der Kamera.

DVD, Österreich 2011, 116 Minuten, derprozess.com

Psychische Belastungen am Arbeitsplatz müssen evaluiert werden, Maßnahmen fallen aber nicht vom Himmel. *Von Ewald Magnes.*

MENSCH BLEIBEN IM BETRIEB

Fragen der Arbeitsorganisation stellen sich in allen Betrieben, unabhängig von der Unternehmensgröße. Es liegt auf der Hand, dass weitläufigere Strukturen dabei tendenziell mehr Steuerung, Adaptierung und Reflexion brauchen.

Zwar werden neue Formen der Arbeitsorganisation und der Produktionsstrategien spätestens seit den 1980er Jahren intensiv diskutiert.¹⁾ Auch betriebswirtschaftlich sinnvolle Umsetzungsmöglichkeiten scheitern in der betrieblichen Praxis jedoch viel zu oft an fehlendem Demokratieverständnis beim Management und mangelndem Einbeziehen der Belegschaft.

Viel Gerede, wenig Besserung?

Die rasante Zunahme psychischer Belastungen am Arbeitsplatz hat viele Ursachen, gerade als Folge veränderter oder gar fehlender Arbeitsorganisation. Es lohnt sich, verstärkt darüber nachzudenken. Nicht zielführend ist es, die Problematik alleine im Licht des Strukturwandels hin zur Dienstleistungsgesellschaft zu betrachten. Mindestens genauso relevant sind die immer stärkere Arbeitsverdichtung und der ständig steigende Kosten- und Erfolgsdruck auf die Beschäftigten.

Folglich warnen WissenschaftlerInnen zunehmend vor den Folgen der unterschätzten Problematik. Der US-Soziologe Richard Sennett konstatiert die Veränderungen als „neuen Kapitalismus“, dem System der Kapitalisierung aller Lebensbereiche und laufender Gewinnmaximierung. Hirnforscher Joachim Bauer sieht Arbeit zu einem Diktat degradiert und realisiert, dass „Instabilität und Umstrukturierungen zu einem Selbstwert geworden“ sind. Nachsatz: „Permanente Unruhe gilt da als Qualitätsmerkmal – inklusive Personalwechsel.“²⁾

Das deckt sich mit den Erfahrungen vieler BetriebsrätInnen und ArbeitnehmerInnen. Gerade in multinationalen Konzernen werden Entscheidungen nicht mehr auf Betriebsebene getroffen, globale Richtlinien aber 1:1 lokal umgesetzt – oftmals mit der „Brechstange“, unter Missachtung der Mitbestimmungsrechte der Belegschaften.

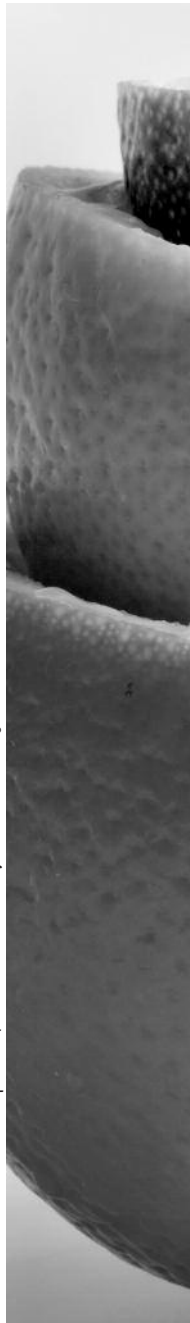
Die „Hundstorfer-Novelle“ des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes

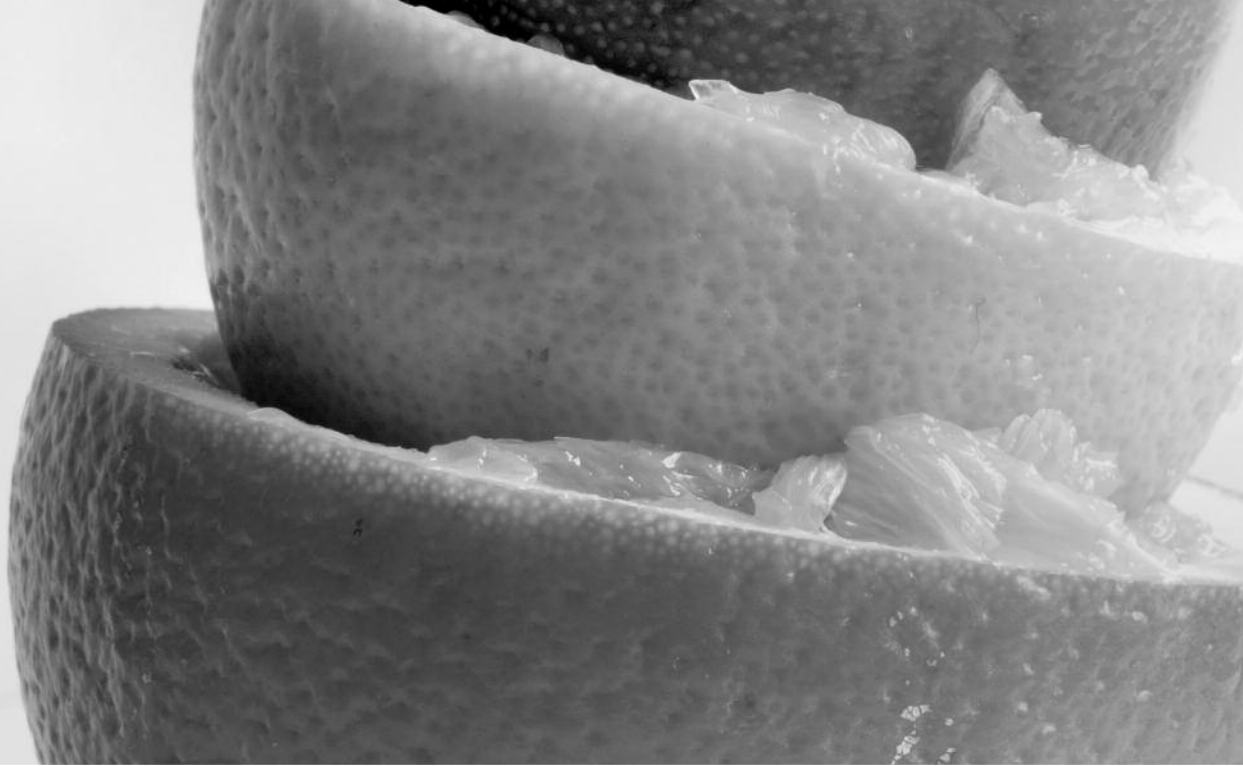
Eine im April 2012 im Auftrag der Wiener Arbeiterkammer publizierte Studie zeigt die drastischen Folgen der autoritären Entwicklung in den Betrieben auf.³⁾ So sahen sich zum Zeitpunkt der Befragung 30,2 Prozent aller unselbstständig Beschäftigten einer erhöhten Belastung durch Überbeanspruchung und Zeitdruck ausgesetzt. In puncto Arbeitsintensität liegt Österreich im Spitzenfeld der alten EU-15 Mitgliedsstaaten. Männer sind stärker betroffen als Frauen, wobei AkademikerInnen deutlich am Gipfel der Überbeanspruchung stehen. 32 Prozent aller Neuzugänge in die Berufsunfähigkeits- und Invaliditätspensionen erfolgen aus psychischen Gründen.

Folgerichtig hat das Sozialministerium mit der „Hundstorfer-Novelle“ des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes darauf reagiert. Seit 1. Jänner 2013 ist endlich klargelegt, dass die Arbeitsplatzevaluierung im Bereich der Gefahren auch die psychischen Belastungen umfasst. Explizites Ziel des Gesetzgebers ist es, das Thema verstärkt in die betriebliche Diskussion zu bringen.

Das Kind beim Namen nennen

Im Merkblatt des Ministeriums⁴⁾ werden psychische Belastungen definiert sowie einige Maßnahmen empfohlen, welche durch die Betriebe durchgeführt werden können. So heißt es: „Typische arbeitsbedingte psychische Belastungen, die zu Fehlbeanspruchungen füh-





ren, sind zum Beispiel häufige Arbeitsunterbrechungen durch Mängel in der Arbeitsorganisation, fehlende Qualifikation beziehungsweise Erfahrung, mangelhafte soziale Unterstützung und Anerkennung durch Vorgesetzte, beziehungsweise KollegInnen, Arbeitszeiten mit zu wenig Planungsmöglichkeiten, monotone Tätigkeiten, zu geringe Abwechslung, widersprüchliche Ziele und Anforderungen.“

Wenig überraschend haben sich in der Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts die Widersprüche verschärft, deren Auswirkungen in den Betrieben täglich erlebt werden können. Viel zu oft haben Privatisierungen und Outsourcing genau jenes Arbeitsklima geschaffen, das die Hauptschuld an erhöhten psychischen Belastungen – und in Folge Erkrankungen – trägt.

Alleinige Symptombekämpfung greift viel zu kurz, es muss auch ein Systemwechsel im Denken und Handeln unserer Gesellschaft ausgelöst werden.

Die Gewerkschaftsbewegung wäre gut beraten, wenn sie die stark gestiegene Produktivität und die rasante Automatisierung zum Anlass für ernstzunehmende Forderungen nach kräftiger Arbeitszeitverkürzung nimmt. Selbstverständlich nur bei vollem Lohnausgleich. Der Schlüssel dafür liegt in der gleichzeitigen Verbesserung der Arbeitsorganisation durch echte Mitbestimmung im Betrieb.

Zeit für mehr Luft in der Arbeit

Die ArbeitsinspektorInnen können bereits jetzt die Umsetzung der psychischen Evaluierung einfordern. Trotz Möglichkeiten der schriftlichen Terminsetzung wird derzeit mehr auf Beratung als auf Bestrafung gesetzt. Gerade in international gesteuerten Konzernbetrieben passiert daher viel zu oft gar nichts.

Arbeitspsychologin und Unternehmensberaterin Karl Kriebbaum gibt zu bedenken: „Im Wiederholungsfall kann eine Strafe von bis zu 16.000 Euro ausgesprochen werden. Meine Erfahrung ist, dass die Firmen derzeit noch überhaupt keine Ahnung haben, wie die Umsetzung erfol-

gen soll. Selbst Juristen sind sich noch nicht sicher, wie das Gesetz angewendet wird.“⁵⁾ Er kritisiert außerdem, dass das Gesetz keine Erhebung der Stressfaktoren vorschreibt. Unklar bleibt, welche schriftlichen Tests für die Evaluierung verwendet werden dürfen – auch hier entscheidet im Zweifel das Arbeitsinspektorat.

Im Betrieb: Der Novelle Leben einhauchen

Klar ist: Es hängt vom Engagement der BelegschaftsvertreterInnen ab, damit die Gesetzesnovelle in den Betrieben ankommt. Verbesserungen müssen gemeinsam mit den KollegInnen erkämpft werden. Hier gilt es, in möglichst vielen Betrieben konsequent Druck auf die Unternehmensleitung zu machen und Überzeugungsarbeit zu leisten.

Erste Erfahrungen von BelegschaftsvertreterInnen zeigen, dass das Interesse der Beschäftigten an Verbesserungen immens hoch ist. Die Furcht vor Arbeitsunfähigkeit ist bei den Beschäftigten sehr präsent.

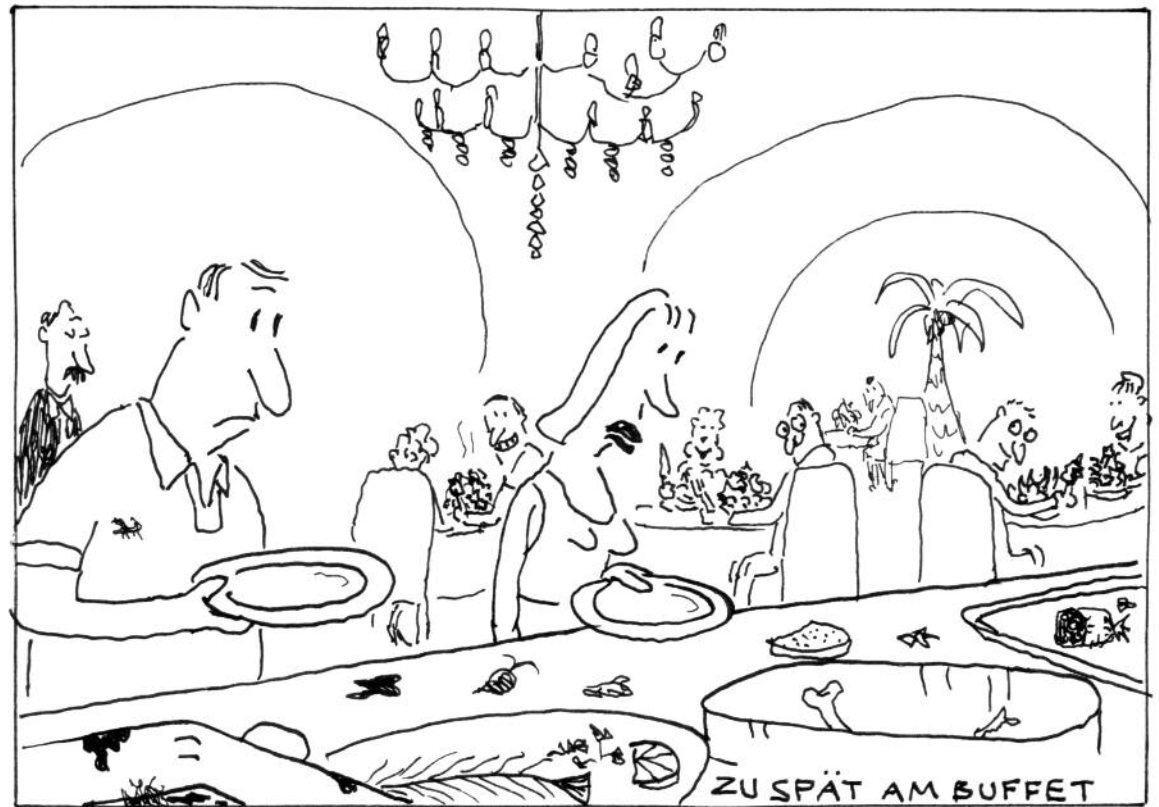
Der Betriebsrat ist in der Pflicht, geeignete Maßnahmen im Sinne des Gesetzes und darüber hinaus einzufordern und mittels Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen auch im Betrieb durchzusetzen. Die Gesetzesnovelle bietet eine gute Gelegenheit dafür – packen wir's an. ■

Anmerkungen:

- 1) vergleiche zum Beispiel Streeck, Wolfgang (1987): Neue Formen der Arbeitsorganisation: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1987_13_3/1987_13_3_0317.pdf
- 2) derstandard.at, 23./24. März 2013: „Wir werden plattgemacht“
- 3) Psychische Belastungen der Arbeit und ihre Folgen – Studie im Auftrag der AK-Wien <http://wien.arbeiterkammer.at>
- 4) Merkblatt Arbeitsplatzevaluierung psychischer Belastungen nach dem ArbeitnehmerInnenschutzgesetz: www.arbeitsinspektion.gv.at
- 5) derstandard.at, 19. März 2013

DIE SUCHE NACH ZUFRIEDENHEIT

NÜTZT DAS BEWÄHRTE SOCIAL MEDIUM, DIE



POSTKARTE! (ABHÖRSICHER, KEINE NSA SCHNÜFFLER)



MÄNGELFESTSTELLUNG IM HOTEL



DRAMA AM STRAND: KEIN NETZ!

Begutachtungen und Stellungnahmen zu Gesetzen gehören für die Säulen der UG in die politische Arbeit ihres Fachbereichs. Insbesondere die Arbeiterkammer hat im Bereich der Begutachtungsverfahren eine wichtige Stellung.

STELLUNGNAHMEN

... sind ein wichtiger Teil der Ausschussarbeit. Die UG ist in allen Ausschüssen der Arbeiterkammer vertreten und arbeitet aktiv mit. Wir vertreten die Positionen der Unabhängigen GewerkschafterInnen in den Fachgewerkschaften und bringen sie in die Ausschussarbeit ein. Selbstverständlich beteiligen wir uns auch direkt am Verfahren, nutzen aber auch die Tatsache, dass die Arbeiterkammer gehört wird. Durch unsere Mitarbeit können wir Einfluss ausüben, Sichtweisen aus der Praxis einbringen und Positionen verrücken.

Dies gehört neben der aktiven Beteiligung in den Vollversammlungen der Länder-Arbeiterkammern und in Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer zur Kernaufgabe von Arbeiterkammer-RätInnen. Oft als EinzelkämpferIn wird diskutiert und lobbyiert, in vielen Fällen mit Erfolg. Gleichzeitig vertreten wir eine parteiunabhängige Expertise, damit haben wir ein Sonderstellung. Übrigens: 2014 sind Arbeiterkammer-Wahlen, nicht vergessen: Die Unabhängigen in der Arbeiterkammer sind die Liste AUG/UG.

Aus aktuellen Anlass stellen wir die Beiträge zu den Begutachtungsverfahren zur „PädagogInnenbildung Neu“ und zur Novelle des PsychologInnengesetzes vor.

PädagogInnenbildung neu

Die ÖLI/UG lehnt die unter dem Titel der PädagogInnenbildung NEU zusammengefassten Novelle zum Hochschulgesetz 2005 für den Bereich der Pädagogischen Hochschulen, zum Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz 2012 und zum Universitätsgesetz 2002 als unzureichend ab.

Insbesondere weil

- die Bundesregierung dem Vorhaben einer gleichwertigen und gemeinsamen tertiären PädagogInnenbildung in den vorliegenden Entwürfen nicht gerecht wird,
- das gegen grundlegende Bildungsreformen gerichtete Nebeneinander von Kompetenzen, von Pädagogischen Hochschulen und Universität und die Ungleichwertigkeit von LehrerInnen-Bildungseinrichtungen und LehrerInnen fortgeschrieben wird,
- die für das Berufsfeld Elementarpädagogik verbindliche PädagogInnenausbildung weiterhin nicht verwirklicht wird,
- der Schwerpunkt „Inklusive Pädagogik“ nicht in allen Studiengängen als verpflichtend anzubietende Spezialisierungsmöglichkeit verankert wird,
- demokratische Mitwirkungsrechte nicht gewährleistet sind und die
- Finanzierungspflichten der öffentlichen Hand ausgeklammert bleiben.

Die ÖLI/UG fordert die Zurücknahme und grundlegende Überarbeitung, die Verpflichtung aller Beteiligten zur Kooperation mit dem Ziel einer gemeinsamen universitären Institution der PädagogogInnenbildung. Die ÖLI/UG

fordert den Ausbau demokratischer Mitbestimmungsrechte der Studierenden, Forschenden und Lehrenden für die „PädagogInnenbildung Neu“, weiters eine unabhängige, weisungsfreie und internationalen Standards entsprechende Qualitätssicherung unter Einbeziehung der Studierenden und Lehrenden von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen durch eine gemeinsame und bei der für den tertiären Bereich eingerichteten österreichischen Qualitätssicherungsagentur.

ÖLI/UG fordert die gesetzliche Verankerung von Rahmencurricula der PädagogInnenbildung neu, die für Pädagogischen Hochschulen und Universitäten verbindlich sind, als Basis für ein Lehramtsstudium an einer oder mehreren Ausbildungsstätten mit Kooperation und die wechselseitige Anerkennung von Pädagogischen Hochschulen- und Uni-Abschlüssen der PädagogInnenbildung neu bis zur Klärung der Institutionenfrage.

Die ÖLI/UG fordert die gesetzliche Verpflichtung des Bundes zur ausreichenden Budgetierung der PädagogInnenbildung NEU und der sich daraus ergebenden Mehrkosten für Schule und Unterricht.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen der Österreichischen LehrerInnen Initiative ÖLI/UG ist die gemeinsame Interessenvertretung von LehrerInnen der Allgemein bildenden Pflichtschulen, Allgemein bildenden höhere Schulen, Berufsschulen und Berufsbildenden Schulen.



Foto: Moritz Rösel / pixelio.de

Ausbildungs- und Abhängigkeitsverhältnisse, mit hohen Kosten und oft hohem Risiko auch für die eigene Gesundheit (zu befürchten ist weiters eine arbeitsrechtliche Klagsflut von PsychologInnen in Zukunft, welche für die betroffenen Einrichtungen und Kliniken einen nicht einschätzbaren plötzlichen Kostenfaktor darstellen könnte).

Daher wird in Fachkreisen schon lange ein Turnus-Modell für PsychologInnen in Fachausbildung gefordert, das eine faire Bezahlung beinhalten muss und den Lebensunterhalt sichert!

Der vorliegende Entwurf zur Novelle des PsychologInnen-Gesetzes bietet hier eine große Chance, indem er diese Problematik aufgreift: Im § 8 („Grundsätze für den Erwerb fachlicher theoretischer und praktischer Kompetenz in Gesundheitspsychologie und in Klinischer Psychologie“) wird in den Absätzen 2aa sowie 2ba festgelegt, dass die praktische Fachausbildungstätigkeit „im Rahmen von Arbeitsverhältnissen“ zu geschehen hat. Dies können nur bezahlte Arbeitsverhältnisse nach dem ASVG sein!

Damit diese richtige Stoßrichtung Form erhält und nicht zahnlos wird, sind jedoch zusätzliche flankierende Maßnahmen erforderlich, damit PsychologInnen in Fachausbildung auch zu diesem Recht kommen. Diese müssen in politischer Gestaltung, in Bestimmungen und Verordnungen münden – bezüglich finanzieller und organisatorischer Rahmenbedingungen für bezahlte psychologische Ausbildungsstellen.

Ähnliche wie bei Turnusplätzen muss es auch für PsychologInnen in Ausbildung Planstellen und Kontingente geben, die Finanzierung dafür muss sichergestellt werden. Dies ist auch eine sinnvolle Investition in die Qualität und Nachhaltigkeit des Gesundheitssystems und psychosozialer Einrichtungen!

Ausdifferenzierung der Fachausbildungen und Berufsbilder in Klinische und Gesundheitspsychologie

Gegenüber dem alten Gesetz sieht der neue Entwurf eine stark getrennte Fachausbildung im Bereich Klinische Psychologie und im Bereich Gesundheitspsychologie vor (§§ 14, 15 für Gesundheitspsychologie sowie §§ 23, 24 für die Klinische Psychologie).

Es ist zu überprüfen, inwiefern diese Aufsplitterung den aktuellen und zu erwartenden Gegebenheiten des Arbeitsmarkts entspricht. Eine klare Aufteilbarkeit und Differenzierbarkeit der Tätigkeiten – auch innerhalb einer Einrichtung – ist oft nicht gegeben. Insbesondere das Bestehen eines eigenständigen, etablierten Marktes für GesundheitspsychologInnen ist zu überprüfen; gegebenenfalls soll diese starke Separierung korrigiert werden. ■

PsychologInnengesetz

Seit Inkrafttreten des ersten PsychologInnengesetzes im Jahr 1990 hat sich bekanntlich eine unerfreuliche Dynamik entwickelt, die dazu führte, dass PsychologInnen nach ihrem Studienabschluss aus Angst vor einem nicht erfolgreichen Reüssieren am Arbeitsmarkt in Folge unbezahlte Arbeit in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens aufnahmen, um dadurch die insgesamt 1480 benötigten Praxisstunden für ihre Fachausbildung im Bereich der Klinischen und Gesundheitspsychologie zu erwerben.

Dies führt neben einer hoch problematischen sozialen Selektion (wer kann sich ein weiteres Jahr ohne Verdienst nach dem Studium leisten?) zu massiver Ausbeutung von Uni-AbsolventInnen, die sich teils arbeitsrechtlich am Rand der Legalität bewegt: Viele KollegInnen in Fachausbildung verrichten verantwortungsvolle und unverzichtbare systemerhaltende Tätigkeiten, ohne welche die entsprechende Klinik oder psychosoziale Einrichtung ihren Betrieb nicht gewährleisten könnten. Unbezahlte Arbeit bewegt sich hier am Rande oder außerhalb des Arbeitsrechts!

Diese Situation stürzt viele AkademikerInnen mit Abschluss in Psychologie in höchst prekäre Arbeits-

*Von Markus Koza: Was machen fundamentalistische Markttaliban,
um vom Scheitern ihrer Politik abzulenken?*

Richtig, sie verschärfen noch einmal die Gangart und erhöhen die Dosis falscher Medizin.

NUN DROHT EINE RUNDE

„TROIKA“ FÜR ALLE



Foto: ChickenFalls, via Wikimedia Commons

Die Krisenpolitik in Europa ist dramatisch gescheitert. Mit 12 Prozent hat die Arbeitslosenrate in der EU einen neuen, traurigen Rekordwert erreicht. In Griechenland und Spanien liegt die Arbeitslosenrate bereits bei rund 27 Prozent, über 55 Prozent der Jugendlichen sind in diesen Staaten ohne Arbeit und damit ohne Einkommen. Trotz – oder besser gesagt wegen – rigoroser Sparauflagen steigen Schuldenstände wie Defizite in beiden Ländern weiter an. Die Wirtschaft befindet sich seit Jahren im Sinkflug und schrumpft, und schrumpft und schrumpft ... Der Schuldenstand der Eurozone – also der 17 Euro-Staaten insgesamt – hat sich 2012 mit 90 Prozent im Vergleich zu 2010, als EU-weit die ersten Sparpakete zu „Konsolidierungszwecken“ geschnürt wurden, noch einmal um rund fünf Prozent-Punkte erhöht. Die Wachstumsprognosen bleiben „bescheiden“. Die sozialen Spannungen und Konflikte nehmen dramatisch zu. Die extreme, faschistische Rechte gewinnt in Krisenländern immer mehr an Boden, der Hass und die Frustration über die katastrophale soziale Lage entlädt sich einmal mehr gegenüber MigrantInnen, sozial benachteiligte Gruppen – und wieder einmal gegen Minderheiten wie die Roma. Und auch der Antisemitismus nimmt in einzelnen Staaten wieder bedrohliche Ausmaße an.

Angesichts derartiger Resultate wäre eigentlich eine radikale Kurskorrektur angesagt. Davon ist Europa allerdings nach wie vor weit entfernt. Selbst wenn es inzwischen sogar dem EU-Kommissionspräsidenten Barroso so langsam zu dämmern scheint, dass diese strikte Austeritätspolitik doch nicht ganz das Wahre sein dürfte, hat das noch keine unmittelbaren Folgen. Ganz im Gegenteil: Vielmehr wollen Kommission und konservative Regierungen à la Merkel jene Rezepturen, die schon Griechenland und Portugal an den Abgrund geführt haben, künftig auch allen anderen EU-Staaten verordnen. Das alles, unter dem Titel der „Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit“ Europas.

Troika für alle?

Wo auch immer die Troika – bestehend aus EU-Kommission, EZB und IWF – hinkommt, macht sie nicht nur „Vorschläge“, besser Auflagen zur Sanierung des Staatshaushaltes – die meist auf radikale Ausgabekürzungen, Sozialstaatskürzungen und Erhöhung von Massensteuern abzielen – sondern auch zur Hebung der „Wettbewerbsfähigkeit“. Wann sonst ergibt sich so eine günstige Möglichkeit in einem „Aufwasch“ nicht nur den Sozialstaat sondern auch andere, dem Neoliberalismus widerstrebende Regelungen und Institutionen – etwa Mindestlöhne oder Gewerkschaften – zu erledigen? Denn: Was da als „Struktur-reformen“ vorgeschlagen wird, zielt in der Regel auf eine Senkung der Mindestlöhne, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und der Arbeitszeiten, Abbau sozial- und arbeitsrechtlicher Schutzbedingungen (etwa bei Kündigungen), sozialer Sicherungssysteme und auf eine Schwächung der Gewerkschaften und kollektiver Lohnverhandlungssysteme ab. Was in guten Zeiten am Widerstand der Gewerk-

schaften und Parlamente gescheitert wäre, wird nun in Krisenzeiten autoritär durchgepeitscht.

Durch diese Maßnahmen der „inneren Abwertung“ sollen die Wirtschaft der Krisenstaaten „konkurrenzfähiger“ – sprich die Arbeitskräfte billiger und noch besser ausbeutbar – werden, so Leistungsbilanzdefizite abgebaut werden, die Attraktivität für ausländische Investoren erhöht und so schließlich mittel- bis langfristig eine ausgeglichene Leistungsbilanz beziehungsweise Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet werden. So weit, so schlecht, die Ergebnisse sind bekannt – Verelendung breiter Schichten, systematische Verarmung, massive Konjunkturerbrüche mangels Binnennachfrage, steigende Arbeitslosigkeit ... für die Masse der Bevölkerung ein wahres Desaster.

Das hindert die neoliberal orientierten, konservativen Eliten allerdings keineswegs daran, ähnlich gelagerte, vorzugsweise ideologisch motivierte „Struktur-reformen“ – wie sie im Rahmen des europäischen Semesters ausgesprochen werden – verpflichtend nun auch für alle EU-Länder einzufordern, auch für jene Länder, die bislang nicht unter dem Troika-Diktat stehen.

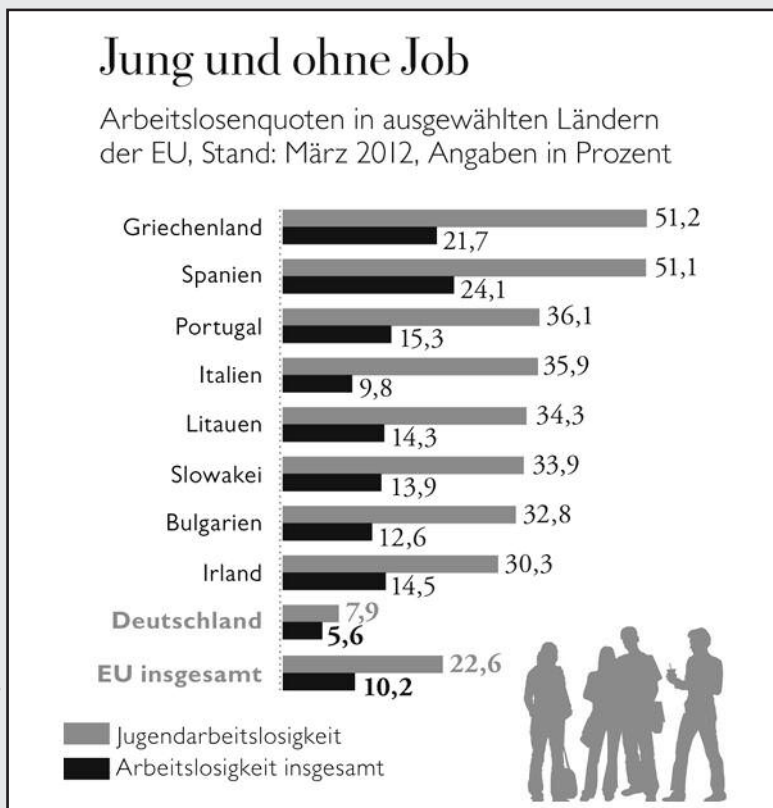
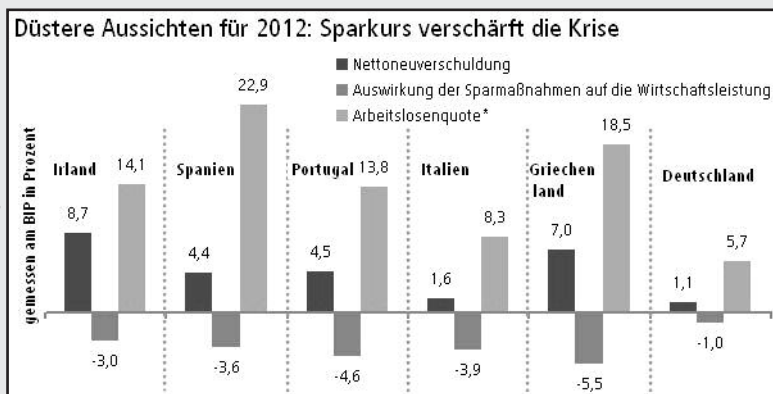
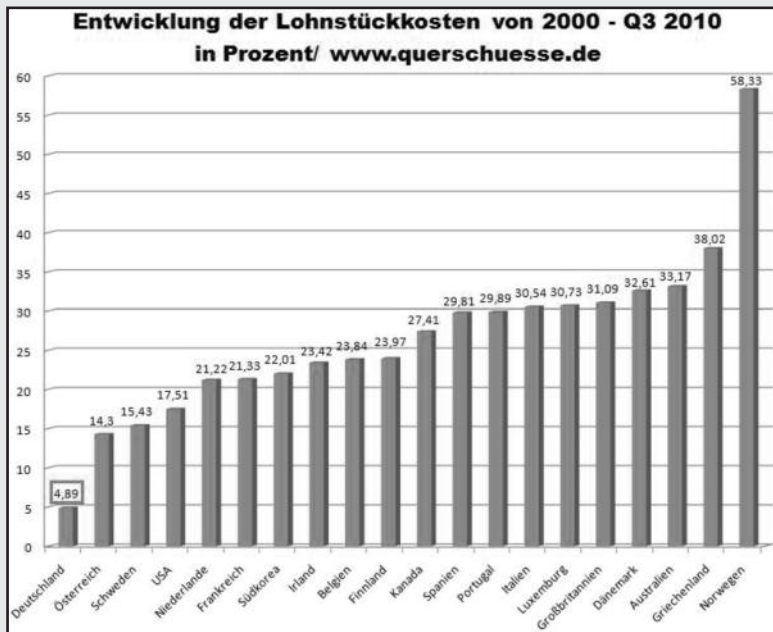
Das Problem dabei: Ist zwar die Budget- und Fiskalpolitik über den Stabilitäts- und Wachstumspakt weitgehend und vertraglich „vergemeinschaftlich“, inklusive Kontroll- und Sanktionsmechanismen, ist es die Lohn-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik eben nicht. Die fällt in die Kompetenz der Nationalstaaten. Es kann gerade nicht vorgeschrieben werden, dass Lohnverhandlungen nicht auf Branchen- sondern auf Betriebsebene stattfinden müssen. Es kann die EU-Kommission nicht die Anhebung des Pensionsantrittsalters verpflichtend einfordern, weil das – in den EU-Verträgen abgesichert – eben Sache der Nationalstaaten und nicht der Union ist. Was also tun, um nach „Austerity for ever“ nun auch immerwährenden Druck auf Löhne und soziale Rechte zu erzeugen?

Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion...

Es steht das „bewährte“ Modell „Fiskalpakt“ im Raum – also ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag, der zur Einhaltung bestimmter Regeln verpflichtet. Ein Vertrag, nicht eingebettet in EU-Recht, sondern abgeschlossen zwischen Staaten und der EU-Kommission. Eben ein „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“, wie Merkel beim World Economic Forum im Februar 2013 schon anmerkte. „Ich stelle mir das so vor,“ meinte sie, ... dass wir analog zum Fiskalpakt einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit beschließen, in dem die Nationalstaaten Abkommen und Verträge mit der EU-Kommission schließen, in denen sie sich jeweils verpflichten, Elemente der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die in diesen Ländern noch nicht dem notwendigen Stand der Wettbewerbsfähigkeit entsprechen.“ Im Zentrum Merkelscher „Verbesserungsnotwendigkeiten“: Lohnstückkosten und Lohnzusatzkosten. Sprich: Löhne und Sozialabgaben.

Was dieser „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ ganz konkret bedeuten könnte, steht bereits in einer Mitteilung der

Bitte umblättern



EU-Kommission vom 28. November 2012 („Ein Konzept für eine vertiefte und echte WWU“). Zwischen Kommission und den Mitgliedsstaaten sollen Verträge geschlossen werden (auch wenn die Kommission – noch – eine Änderung europäischen Rechts gegenüber völkerrechtlichen Verträgen bevorzugt), die zu einer Umsetzung von Strukturmaßnahmen verpflichten. Die „Peitsche“: Wer sich nicht an den Vertrag hält, wird verwarnet und kann auch sanktioniert werden. Das „Zuckerbrot“: Bei einer „zügigen Verabschiedung und Umsetzung von Reformen“ und zur „Überwindung politischer und ökonomischer Hindernisse“ soll es finanzielle Unterstützungen geben. Die entsprechende Finanzierung soll über einen Sonderfonds abgewickelt werden. Wir erinnern uns: Im Rahmen von „Rettungsmaßnahmen“ gab’s von der Troika auch nur Geld gegen Umsetzung der Auflagen beziehungsweise von Strukturreformen. Eben: Troika für alle. Wie ähnlich sich nicht „Zuckerbrot“ und „Peitsche“ in manchen Fällen sind ...

... wird bedrohlich konkret

Am 20. März schließlich legte EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn in einer Mitteilung zwei „konkrete“ Vorschläge zur Vertiefung der WWU vor – einen zu einer „ex ante“ – also „Vorab“- Koordinierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Einen zur „vertraglich verpflichtenden“ Umsetzung seitens der EU-Kommission vorgeschlagener Strukturreformen. Was will die EU-Kommission?

- Vorschlag 1: Wichtige nationalstaatliche, wirtschaftspolitische Reformen – darunter auch Regierungsprogramme („... when new policy measures are being prepared after a new government takes office.“) – sollen vor Beschluss durch die nationalen Parlamente auf europäischer Ebene vorgelegt und mit der EU-Kommission beraten werden. Diese ex-ante Koordinierung soll überprüfen, ob Reformvorhaben mögliche negative Auswirkungen über die nationalstaatliche Ebene hinaus haben könnten. So soll sichergestellt werden, „... that Member States internalise the EU-level dimension of key reforms in their national decision-making process.“ Ergebnisse aus diesen Diskussionen sollen Eingang in die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des europäischen Semesters finden.
- Vorschlag 2, wie bereits gehabt: Mitgliedsstaaten verpflichten sich vertraglich dazu eine begrenzten Anzahl an Strukturreformen

umzusetzen. Für jene Staaten, die sich zu entsprechenden Reformen „verpflichten“, wird finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt. Mit anderen Worten: Nur jene Länder, welche sich zur Durchführung mehrheitlich neoliberaler Strukturreformen verpflichten, können mit finanzieller Unterstützung rechnen.

Damit wäre der „Lückenschluss“ neoliberaler, autoritär-kapitalistischer Reformagenda weitgehend vollzogen – indem Bereiche, die bislang ausschließlich unter national-staatliche Kompetenz fallen, nun „vergemeinschaftet“ werden – eine weitere Stärkung demokratisch nicht entsprechend legitimierter europäischer Ebenen – der EU-Kommission, der EU-Bürokratie und des EU-Rats – gegenüber den demokratisch gewählten nationalen Parlamenten, sowie Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnenverbänden. Unabhängig davon, in welcher gesamtwirtschaftlichen Situation sich der Gesamtstaat befindet, unabhängig von Schuldenstand, Defizit und ökonomischer Lage ... es geht darum das neoliberale Modell durchzusetzen. Und dabei demokratische Prozesse einmal mehr auszuhebeln ...

Protest der Gewerkschaften

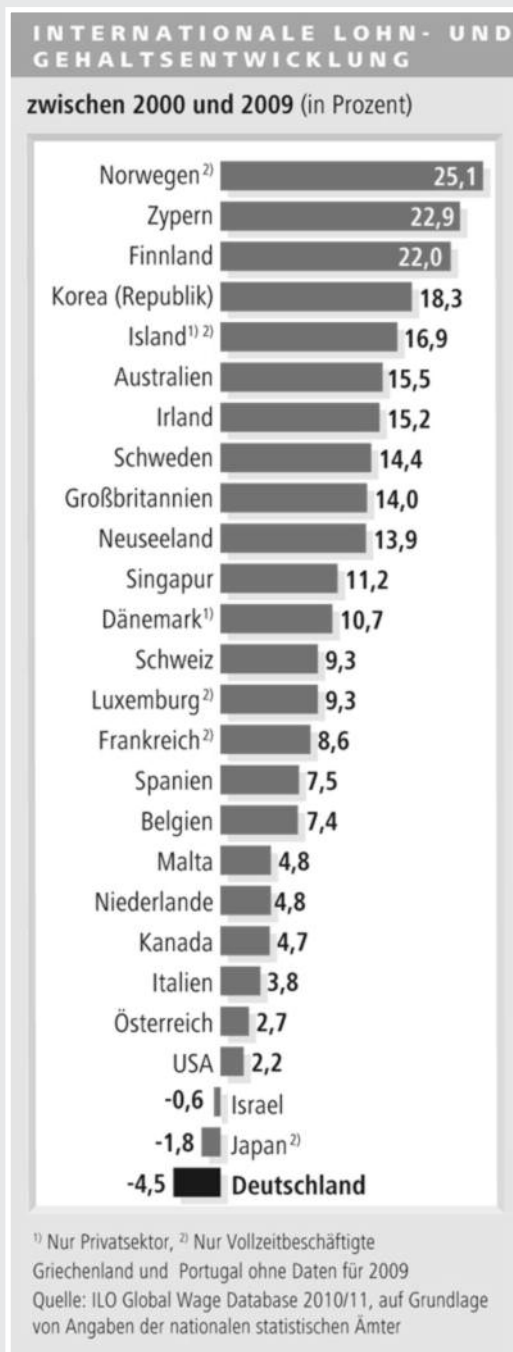
Kein Wunder daher, dass diese Pläne bei den Gewerkschaften auf Widerstand stoßen. Das ÖGB-Büro in Brüssel hält in seiner Kurzinfo vom 20. März 2013 entsprechend fest: „Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass es der EU-Kommission hier in erster Linie um ‚Reformen‘ bei den Sozialversicherungssystemen geht, wie zum Beispiel um die Heraufsetzung des gesetzlichen Pensionsalters oder einen Automatismus von demografischer Entwicklung und gesetzlichem Antrittsalter. Andere Forderungen der Kommission betreffen mehr Flexibilisierung der Arbeitsmärkte (Abbau Kündigungsschutz) oder Eingriffe in Lohnfindungsmechanismen (zum Beispiel Abschaffung der Indexierung in einigen EU-Ländern), es geht also auch um Kollektivvertragssysteme.“

Der EGB spricht davon, dass die Vorhaben des EU-Kommissars Rehn lediglich darauf abzielen würden, „seine neoliberalen Kommissionsdienststellen gegenüber den Mitgliedsstaaten, gegenüber den nationalen Parlamenten und den Sozialpartnern“ zu stärken. Und weiter: „Die ... Pläne von Kommissions-Vizepräsident Rehn gehen ... in die völlig falsche Richtung, bedrohen demokratische Entscheidungsprozesse in den Mitgliedsstaaten, einschließlich der Mitbestimmungsrechte.“

Initiativen der AUGÉ/UG in den Arbeiterkammern

Die AUGÉ/UG brachte zu den Arbeiterkammer-Vollversammlungen einen Antrag ein, in dem sich die Arbeiterkammern klar gegen derartige Vorhaben aussprechen und die Bundesregierung auffordern „gegen die Vorschläge zur Vertiefung der WWU aufzutreten“. Ein im November eingebrachter Antrag fand bereits die Mehrheit und damit eine klare Positionierung der AK. Der neuerliche

Bitte umblättern



Antrag, unter Berücksichtigung der konkreten Vorschläge, sollte diese Position noch einmal bekräftigen und wurde sowohl in der AK-Wien als auch in der Bundesarbeitskammer angenommen.

Zivilgesellschaft und Politik gegen den EU-Wettbewerbspakt

Und auch zivilgesellschaftlich und parteipolitisch tut sich was: AktivistInnen aus der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und aus Gewerkschaften, aber auch PolitikerInnen der Grünen und der SPÖ, haben den Aufruf „Europa geht anders!“ gestartet. „Demokratie und soziale Sicherheit in Europa“ werden hierin gefordert statt „weiterer Sozialabbau durch ‘Wettbewerbspakt’“ (Aufruf und Möglichkeit zu unterstützen unter www.europa-geht-anders.eu). Bis zum EU-Gipfel im Juni wurden bereits weit über 8000 Unterschriften – in ganz Europa – gegen den Wettbewerbspakt gesammelt. Derzeit scheint es so zu sein, dass die endgültige Beschlussfassung über den Wettbewerbspakt auf die Zeit nach den Parlamentswahlen in Deutschland verschoben werden soll, im Rahmen des Rats im Juni soll die weitere Vorgangsweise beraten werden. Es soll sich durchaus „spießen“, keineswegs alle EU-Staaten sind von Mer-

kels Vorstellungen darüber, wohin Europa gehen soll, begeistert. Widerstand gegen den vertragsmäßig festgeschriebenen „immerwährenden Wettbewerb“ regt sich inzwischen in vielen Ländern und auch in etlichen Regierungen. „Europa geht anders“ wird jedenfalls auch, beziehungsweise gerade nach dem Juni-Rat weiterhin Druck darauf machen, dass der Wettbewerbspakt nicht beschlossen wird. Denn, wie es im Aufruf abschließend heißt: „Eine Vertiefung der Europäischen Union muss eine Stärkung der Demokratie und das Wohlergehen aller Menschen in Europa zur Voraussetzung haben.“ Diesem Ansinnen stünde eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion tatsächlich diametral entgegen ... ■

P.S.: Die AUG/UG hat eine Musterresolution gegen den Wettbewerbspakt zur Beschlussfassung in Betriebsräten und Personalvertretungen verfasst. Mit dieser Resolution soll unseren Gewerkschaften auch klar signalisiert werden, dass ihre Basis in den Betrieben einen entsprechenden Einsatz gegen den Wettbewerbspakt nicht nur unterstützt, sondern auch erwartet. Damit sie nicht wie beim Fiskalpakt darauf „vergessen“. Download: <http://diealternative.org/belvederegasse>

Foto: pedrosimoes7

JÁ NÃO SEI O QUE FAZER
P'RA JUNTAR ALGUM DINHEIRO
SE SE VENDESSE A DESGRAÇA
JÁ HOJE EU ERA BANQUEIRO
A. ALEIXO
VIVE, AMA, PARTILHA



Unterdrückter Unterdrücker?

„Wir gehören zu den unterdrückten Schwarzen.“ Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan braucht immer wieder solche Sätze. Erdogan gefällt sich in der Opferrolle. In Erdogans Erzählung herrschte, bevor er an die Macht kam, eine kleine, säkulare politische Elite, die das Volk tyrannisierte: der Kemalismus, benannt nach dem Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk. Dieses Herrschaftsmodell, aufgebaut auf den Trümmern des Osmanischen Reichs, formte eine nationalistische Republik und verordnete die bürgerliche Modernisierung und Ideologie von oben herab.

Das Selbstverständnis Erdogans und seiner „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) deckte sich über lange Zeit mit der Wahrnehmung der türkischen Entwicklung im Ausland. Die AKP war Zeugnis, dass politischer Islam und Demokratie kompatibel seien.

Ausbesserungen zur eigenen Macht

Doch diese Legende ist passé: Wer nach der Gewaltorgie der vergangenen Wochen in Istanbul und anderen Städten noch das reformerisch-demokratische Selbstverständnis der AKP preist, ist ein Zyniker.

Der brutale Polizeieinsatz gegen zumeist friedliche DemonstrantInnen, der Tote, Erblindete und tausende Verletzte zur Folge hatte, war von ganz oben angeordnet. Aus Erdogan, dem Unterdrückten, ist ein Unterdrücker geworden.

Es lohnt sich, genauer auf die Reformen der AKP in dem vergangenen Jahrzehnt zu schauen, in dem sie die absolute Mehrheit im Parlament gestellt und die Regierung gebildet hat: Die Türkei ist in dieser Zeit immer nur dann „demokratisch“ ausgebessert worden, wenn Erdogan sich davon eine Verfestigung seiner Macht versprach. Institutionen wie das Militär und das Verfassungsgericht waren tatsächlich Bastionen antidemokratischer Kemalisten. Mit Verfassungsänderungen wurden sie der Regierung

Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan ist an die Grenzen seiner autoritären Herrschaft gestoßen. Die Leute von oben herab führen zu wollen, funktioniert nicht mehr.

Von Ömer Erzeren.



gefügt gemacht. Bei der politischen Justiz, die einst IslamistInnen, KurdInnen und Linke verfolgte, wurden die Köpfe ausgewechselt. Jetzt werden IslamistInnen nicht mehr verfolgt.

Nach der Revolte vom Istanbuler Taksimplatz und der Demokratiebewegung setzt Erdogan nun nicht nur auf die Repressionsinstrumente, die die Kemalisten hinterlassen haben. Auch das Vokabular ist der Vergangenheit entlehnt. Auf der Massenkundgebung in Istanbul wimmelte es in der Rede Erdogans nur so von „internationalen Verschwörern“: Von türkischen „Handlagern“: von „Anarchisten“ oder dem „Großkapitalisten“, der die Pforten seines Nobelhotels für ein Notlazarett für DemonstrantInnen öffnen ließ.

Oasen praktizierter Demokratie

Die Revolte auf dem Taksimplatz ist keine linke Erhebung, obwohl die InitiatorInnen unorthodoxe, libertäre Linke sind – Kinder säkularer, bürgerlicher Eltern, zumeist mit hohen Bildungsabschlüssen, wie erste repräsentative Untersuchungen belegen. Die Wut gegen die staatliche Intervention in Lebensweise und Lebenspraxis der Menschen war ein Motor der Mobilisierung. Gegen Deklarationen wie „Macht drei Kinder!“, „Das ist nicht Kunst, das ist ein monströses Denkmal, reißt es ab!“, „Wer trinkt, ist Alkoholiker!“.

Binnen kürzester Zeit ist ein breites Bündnis gegen Erdogan entstanden.

Da kamen die Feministinnen, die Schwulen und Lesben, die GlobalisierungsgegnerInnen von den „antikapitalistischen Moslems“, die Fußballfans, die sich nicht in Erdogans Reih und Glied fügten, die Kinder von AKP-WählerInnen, GewerkschafterInnen, die alten linken Gruppen, PKK-AnhängerInnen und zuletzt auch die KemalistenInnen. Es ist eine heterogene Bewegung, die schwer auf einen Nenner zu bringen ist und die schwer ein politisches Programm auf die Beine stellen kann.

Nach der blutigen Räumung des Taksimplatzes sind jetzt die schweigenden, regungslosen Männer und Frauen zu

Symbolfiguren des Widerstands geworden. Sie stehen einfach da, als stummer Protest. Täglich werden zudem in Istanbuler Parks Foren abgehalten, die beraten, wie der Widerstand weitergehen soll. Es sind Oasen praktizierter Demokratie, wo Meinungsfreiheit herrscht und sich gegenseitig zugehört wird. Es ist das Antimodell zum Herrschenden, zur archaischen Politik, die Erdogan verkörpert. Diese Bewegung ist keine unmittelbare Gefahr für Erdogan. Doch sie trägt die Keime für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft in sich. ■

Aus WOZ, 26/2013, gekürzt

Dina Meza, ist eine bekannte Journalistin und Menschenrechtsverteidigerin in Honduras. Sabine Vogler traf die mutige Menschenrechtsverteidigerin bei ihrem Besuch in Österreich.

MENSCHENRECHTE:

KRISE IN HONDURAS

Sabine Vogler: Wie ist die Situation für ArbeitnehmerInnen in Honduras?

Dina Meza: In Honduras wurden 1954 durch einen Streik Arbeitsrechte erkämpft. Damals wurde ein Arbeitsgesetz beschlossen, dass die Tagesarbeitszeit mit acht Stunden begrenzte sowie einen 13. Monatslohn und eine Abfertigung bei Kündigung einführte.

Nach dem Putsch von 2009 wurden die Arbeitsrechte aufgehoben und stattdessen das „Gesetz über stundenweise Arbeit“ eingeführt, so dass die ArbeitnehmerInnen nur nach Stunden bezahlt werden. Vor dem Putsch war ein Mindestlohn garantiert – und der gestürzte Präsident Manuel Zelaya hatte diesen auch gerade erhöht –; nach dem Putsch wurde der Mindestlohn nicht mehr bezahlt.

Hunderte ArbeitnehmerInnen wurden wegen ihrer Unterstützung für die Widerstandsbewegung (zum Beispiel wegen ihrer Teilnahme an Demonstrationen gegen den Putsch) entlassen.

UnterstützerInnen des Putsches organisierten ebenfalls Kundgebungen, die als Demonstrationen der „Weißen Hemden“ bekannt wurden. Gegen ihren Willen nahmen auch ArbeitnehmerInnen daran teil; sie wurden von Unternehmen dorthin geschickt. Ihre Teilnahme wurde mittels Listen überprüft. Wer sich weigerte, wurde entlassen.

Die verpflichtende Entsendung von ArbeitnehmerInnen zu den Demonstrationen der „Weißen Hemden“ führte dazu, dass einige Unternehmen zusperren mussten, weil sie aus Protest dagegen boykottiert wurden. Dies betraf etwa einige Fast-Food-Ketten, deren Leitung den Putsch befürwortete.

Wie ist die derzeitige wirtschaftliche Lage?

Nach dem Putsch wurde das Leben teurer. Der Preis auf Grundnahrungsmittel stieg, so dass viele Familien sich diese nicht mehr leisten können. Die Armut nimmt weiter zu. Das Gesundheitswesen wurde privatisiert; Gesundheitsleistungen sind nunmehr kostenpflichtig. Ein Gesetz zur Privatisierung des Bildungssektors wurde 2011 beschlossen.

Die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln wurde erschwert, weil den Kleinbäuerinnen und -bauern nicht das Land zurückgegeben wird. Die Rückgabe war eigentlich in

einem vor dem Putsch beschlossenen Gesetz vorgesehen. Das Bajo Aguán ist eine der Regionen, die von den Spannungen und der Repression am stärksten betroffen ist. Seit Jahren herrscht dort ein Konflikt um den Zugang zu fruchtbarem Land. KleinbäuerInnen, die ihre Rechte einfordern, werden getötet, verfolgt, überwacht; gegen führende Mitglieder der Kleinbauernbewegung werden Prozesse geführt. Der Kampf um Land wurde kriminalisiert.

Wie ist die aktuelle Menschenrechtssituation?

Honduras erlebt derzeit eine Menschenrechtskrise. Gesetze gegen die Menschenrechte wurden beschlossen. Ein Gesetz erlaubt nun die Abhörung von Telefonaten. Die Befugnisse der Militärs wurden erweitert. Die Kontrolle über Nichtregierungsorganisationen wurde verstärkt.

Wie ist die Situation für GewerkschafterInnen?

Gewerkschaften, die sich nicht nur um Fragen des Lohnes kümmern, sondern strukturelle Reformen (Anm.: eine Rückkehr zu den verfassungsmäßigen Strukturen) fordern, sind seit dem Putsch besonders gefährdet.

Wie ist die Sicherheitssituation für Dich?

Ich habe mich immer schon für Menschenrechte eingesetzt und wurde deshalb verfolgt.

Jetzt hat sich die Menschenrechtssituation für alle verschlechtert; die Opfer sind AnhängerInnen der Widerstandsbewegung, Frauen, Jugendliche, GewerkschafterInnen, KleinbäuerInnen, Indigene.

Wie sieht Dein Einsatz für die Menschenrechte aus?

Ich arbeite mit der Menschenrechtsorganisation COFAD-DEH zusammen, die das Radioprogramm „Stimmen gegen das Vergessen“ und eine Online-Plattform „MenschenrechtsverteidigerInnen online“ (defensores en linea) anbietet. Weiters unterstütze ich das „Komitee der Familienangehörigen Verhaftet-Verschwendener“, das bereits seit den 1980er Jahren besteht. Meine Aufgaben zum Schutz der Menschenrechte umfassen journalistische Arbeit (Recherche, Interviews, Artikel in Medien), Menschenrechtsbildung für die Mitglieder der Widerstandsbewegung, Begleitung der KleinbäuerInnen und ihrer

Dina Meza wurde wegen ihres Engagements und ihrer Recherchen immer wieder bedroht. Amnesty International startete mehrere Urgent Actions, zum Beispiel 2005, als Dina über die Arbeitsbedingungen in privaten Sicherheitsunternehmen berichtete und in Folge dessen Morddrohungen erhielt. 2007 wurde Dina Meza mit dem Amnesty-Medienpreis ausgezeichnet. Nach dem Putsch vom 28. Juni 2008 verschärfte sich die Situation für MenschenrechtsverteidigerInnen in Honduras, auch für Dina Meza, die eine Reihe von Morddrohungen erhalten hat.



Sabine Vogler ist Mitarbeiterin des Netzwerkes Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte von Amnesty International Österreich

Foto: Nina Kreuzinger

Organisation, internationale Vertretung, zum Beispiel vor der interamerikanischen Menschenrechtskommission, Interventionen des „Komitees der Familienangehörigen Verhaftet-Verschwendener“.

Agieren paramilitärische Gruppierungen in Honduras?
Ja, leider. Wir haben das Modell aus Kolumbien übernommen. Schon vor dem Putsch gab es Todesschwadronen und Auftragskiller. Nach dem Putsch hat es sich verstärkt. Letzte Woche wurde der Staatsanwalt, der gegen das organisierte Verbrechen kämpfte, erschossen. In der Woche davor wurde eine Journalistin angeschossen, die über Landkonflikte und Korruption bei der Polizei berichtet hatte.

Wie schätzt Du die Zukunft ein?

Heuer im November werden Wahlen stattfinden.

Es wird eine neue Partei, die LIBRE-Partei, antreten. Die Gattin des gestürzten Präsidenten Zelaya ist Kandidatin von LIBRE.

Die bestehende Oligarchie hat kein Interesse an dem Wahlsieg der neuen Partei. In den vergangenen hundert Jahren hatten sich stets zwei Parteien die Macht geteilt; daher unternehmen diese alles, um die neue, dritte, Partei zu zerschlagen. So überwachen sie Versammlungen, indem währenddessen Unbekannte vor dem Haus stehen, oder verhaften Mitglieder. Seit letztem Mai 2012, als die

neue Partei gegründet wurde, wurden über zwanzig aktive Mitglieder ermordet.

Die neue LIBRE-Partei hat Unterstützung in der Bevölkerung, aber ich mache mir keine Illusionen: Die Stimmauszählung erfolgt durch die Wahlkommission, und bereits in der Vergangenheit fand gegenseitige Manipulation der zwei alten Parteien statt. Die Oligarchie wird nicht zulassen, dass der Wahlsieg an LIBRE geht.

Trittst Du auch an?

Nein. Ich bin nicht Kandidatin bei LIBRE. Ich bin Menschenrechtsverteidigerin. Ich mache Menschenrechtsbegleitung; das heißt wenn etwa Mitglieder von LIBRE Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden.

Was kann die internationale Solidarität erreichen?

Bitte appelliert an den honduranischen Staat: Fordert Schutz für MenschenrechtsverteidigerInnen! Fordert die Untersuchung der Morddrohungen. Fordert, dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

Weiters ist wichtig, sich an die EU und an Regierungen in europäischen Ländern zu wenden, die das aktuelle Regime in Honduras finanzieren. Sie sollen nachfragen, wie ihr Geld verwendet wird. ■

Foto: Yamil Gonzales

Anfang Juni fand in Athen der Alter Summit – das Manifest für ein demokratisches, soziales, ökologisches und feministisches Europa – statt.

Von Nadia Trallori, Erich Dittrich und Hermann Dworzak.

TANZEN GEGEN VERELENUNG

Die schwierige Lebenssituation, der die Menschen in Griechenland unterworfen sind, widerspiegelt sich auf den Straßen und Plätzen Athens. Im Zentrum, an den Metroabgängen, in den Parks oder in Nebenstraßen haben Obdachlose ihr Quartier aufgeschlagen, sie nächtigen auf Parkbänken und in den Nischen vor den Kirchen. In den engen Gässchen floriert der Tauschhandel und Schwarzmarkt, fliegende Händler kommen mit Stoffballen an, von denen sie gewünschte Meterware herunterschneiden. Und wenn die Polizeisirene ertönt, ist im Nu die Straße geräumt. Auf MigrantInnen, insbesondere AfrikanerInnen, hat es die Polizei abgesehen, wer sich nicht ausweisen kann wird mitgenommen. Mehrmals gab es solche Kontrollen und Razzien. Schreckliche Szenen haben sich vor unseren Augen abgespielt, als ein junger Mann verhaftet und abgeführt wurde und Frauen mit Kindern neben ihm hergerannt sind, schreiend und die Polizei verfluchend. Hilflosigkeit macht sich breit. Aber die Leute zeigen trotz allem Standfestigkeit. Im Park vor unserem Hotel begannen sie nachmittags unter Gitarrenklängen zu tanzen. Tanzen gegen die Verelendung, tanzen gegen die Entwürdigung.

Starkes Signal

Der Alter Summit in Athen hat ein starkes Signal für eine gemeinsame Strategie europäischer Gewerkschaften und sozialer Bewegungen gesetzt. Mehr als tausend TeilnehmerInnen aus ganz Europa diskutierten gemeinsame Strategien gegen den brutalen Abbau sozialer und demokratischer Rechte. Die VertreterInnen von beinahe zweihundert Organisationen, das heißt Gewerkschaften wie CGT, Solidaires (F), CSC (Belgien), LO (Norwegen), IG Metall (D), GSEE oder ADEDY (GR), Feministinnen, zivilgesellschaftlichen Organisationen (sehr starke Teilnahme von ATTAC France – „Troika Dégage“), linken Parteien (SYRIZA, Die Linke), Stiftungen (Rosa Luxemburg) und „Ideenschmieden – Think Tanks“ (Transform) aus zwanzig Ländern präsentierten am Freitag ein Manifest. Darin wird



ein Ende des bedingungslosen Schuldendienstes in Ländern der EU, eine strengere Regulierung von Banken und Finanzmärkten, die Direktfinanzierung der öffentlichen Haushalte durch Zentralbanken und die Rücknahme der Kürzungspakete in Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal gefordert. Wahrscheinlich aufgrund der Zersplitterung der griechischen Linken kamen aus deren Reihen nur sehr wenige TeilnehmerInnen (Alexis Tsipras, Vorsitzender von Synaspismos und SYRIZA war auch nur am ersten Tag anwesend).

Von den „offiziellen“ Medien fast gänzlich ignoriert wurden am Samstag in 15 thematischen Versammlungen zentralen Forderungen diskutiert und weiterentwickelt. Die thematische Versammlung „Rechtsextremismus“, an der wir teilnahmen, war durch ein solidarisches und produktives Klima gekennzeichnet und erzielte auch konkrete Resultate. In nächster Zeit sollen vor allem drei Punkte gemeinsam umgesetzt werden:

1. Stärkere Kooperation der Netzwerke gegen die extreme Rechte. Das Netzwerk „Prague Spring 2“,

- dem wir angehören, unterbreitete dazu einige Vorschläge
2. Organisation einer Studienkonferenz zur extremen Rechten im Herbst in Paris
 3. Veranstaltung einer großen internationalen Konferenz gegen Rechtsextremismus und Neonazismus 2014 – aller Voraussicht nach in Budapest.

Klein, aber laut

Mit einer kleinen, aber lauten Demonstration durch das Zentrum von Athen ging am Samstagabend der Alternativgipfel von europäischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu Ende. Linkspolitiker der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament und der Europäischen Linken waren ebenso vertreten. Den jüngsten Block stellte das griechische Linksbündnis SYRIZA. Die Anhänger der Partei sangen Demo-Schlager wie „El pueblo unido“ und „Bandiera Rossa“, machten aber auch mit Schlachtrufen auf die derzeit drängendsten Probleme in Griechenland aufmerksam. Etwa 1500 Menschen marschierten (auf Parallelstraßen von der Polizei begleitet) vom Nationalen Archäologischen Museum vor das Parlamentsgebäude am Syntagma-Platz. Ohne Zwischenfälle, aber auch ohne Abschlusskundgebung endete dort die Demonstration.



Insgesamt lässt sich sagen, dass es richtig und wichtig war nach Athen zu fahren. Es gab spannende Debatten und den deutlich artikulierten Wunsch, sich stärker international zu vernetzen. Wäre der Vorbereitungsprozess weniger top down organisiert worden (in etlichen Ländern gab es keine Vorbereitungskomitees, die über Athen informierten beziehungsweise mobilisierten), hätte es wahrscheinlich eine breitere Beteiligung gegeben. Aber aus Fehlern kann mensch ja bekanntlich lernen. ■

Ein Manifest der Menschen, Kurzfassung der für ein Europa auf der Basis von Gleichheit, Solidarität und echter Demokratie: auf dem Alter Summit in Athen verabschiedete Erklärung.

I. Den erzwungenen Schuldendienst beenden

1. Sofortige Annullierung der „Memoranden“, die überschuldeten Ländern von der Troika aufgezwungen wurden.
2. Aussetzung des Schuldendienstes, bis die Bevölkerungen vor steigender Armut und Arbeitslosigkeit geschützt sind.
3. Beteiligung des reichsten Teils der Bevölkerung mit einer einmaligen Vermögensabgabe.
4. Verpflichtung der Europäischen Zentralbank und anderer öffentlicher europäischer Finanzinstitute zu direkter Staatsfinanzierung unter demokratischer Kontrolle.

II. Für ein ökologisches und soziales Europa: Kürzungsprogramme zurücknehmen

1. Stopp der Austeritätspolitik, die Europa immer tiefer in die Rezession treibt.
2. Sicherstellung von Steuergerechtigkeit durch die Einführung einer gerechten, progressiven und dauerhaften Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinnen.
3. Entwicklung europaweiter öffentlicher Investitionsprogramme unter gesellschaftlicher Kontrolle zum sozialen und ökologischen Umbau.
4. Stärkung und Weiterentwicklung der gesellschaftlichen und ökologischen Gemeingüter, Neudefinition und Ausweitung des öffentlichen Dienstes.

III. Rechte für alle: Nein zu Armut und Unsicherheit!

1. Wiederherstellung des Rechts, Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfe zu führen.
2. Sozial- und Lohndumping in Europa und weltweit muss beendet werden, zum Beispiel durch internationale Abkommen.
3. Löhne sind zu erhöhen, ein angemessener Mindestlohn für alle ArbeitnehmerInnen ist per Gesetz oder Tarifvertrag in allen Staaten ebenso einzuführen wie ein Mindesteinkommen.
4. Schutz des Eigentums verschuldeter Haushalte.
5. Herstellung der Gleichheit von Frauen und Männern bei Löhnen, Renten und beruflicher Entwicklung sowie Verbot einer auf Geschlecht, ethnischer Herkunft, Staatsangehörigkeit oder sexueller Orientierung beruhenden Diskriminierung.
6. Stärkung des Schutzes von Migrantinnen und Migranten auf sozialer und politischer Ebene.

IV. Für eine demokratische Wirtschaftsordnung: Banken müssen dem Gemeinwohl dienen

1. Die umfassenden öffentlichen Garantien für private Finanzinstitute sind zu überprüfen.
2. Banken und alle anderen Finanzinstitute sind einer effektiven und strengen Regulierung zu unterstellen.
3. Die demokratische Kontrolle von Banken und Finanzinstituten ist zu verstärken.

Aufstehen für Demokratie!

Die gegenwärtigen Entwicklungen in Europa zeitigen einen erheblichen Abbau der Demokratie. Die demokratische Debatte ist nahezu zum Erliegen gekommen, Repressionen gegen soziale Bewegungen nehmen zu und die Spaltung zwischen den Menschen und zwischen den Staaten wird stärker. Das vorhersehbare Ergebnis ist ein Aufstieg rassistischer, rechtstextradikaler und faschistischer Bewegungen, da teilweise direkt gegen Migrantinnen und Migranten, Arme, Minderheiten, AusländerInnen und Menschen in anderen Teilen Europas Ressentiments geschürt werden. Der beste Weg, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, ist die Austeritätspolitik zu beenden.

Alternativen sind vorhanden: Es liegt in unserer Verantwortung, die Machtverhältnisse zu ändern mit dem Ziel, eine echte politische, soziale und ökonomische Demokratie in Europa zu errichten.



Gewerkschaft der Privatangestellten –
Druck-Journalismus-Papier, Produktions-
Gewerkschaft, Arbeiterkammer: Alterna-
tive und Grüne GewerkschafterInnen –
AUGE/UG, Belvederegasse 10/1,
A-1040 Wien, Telefon (01) 505 19 52,
www.auge.or.at,
auge@ug-oegb.at



Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe:
Konsequente Interessenvertretung –
KIV/UG, Blumauergasse 22/3,
A-1020 Wien, Telefon (01) 216 52 72,
www.kiv.at,
kiv@kiv.at



**Unabhängige
GewerkschafterInnen im ÖGB**

Blumauergasse 22/3
A-1020 Wien

Telefon (01) 216 52 72
Web: www.ug-oegb.at
E-Mail: ug@ug-oegb.at



Gewerkschaft der Post- und Fernmelde-
bediensteten: UG-PF, Lassallestraße 9,
A-1020 Wien, Telefon (01) 546 41 285,
www.kozi.at/we4you,
we4you@aon.at



Gewerkschaft Öffentlicher Dienst:
UGÖD, Belvederegasse 10/1,
A-1040 Wien,
Telefon (01) 505 19 52-22,
www.ugoed.at,
office@ugoed.org



Gewerkschaft vida (Verkehr, Persönliche
Dienste, Private Dienstleistungen):
UG-VIDA, Margaretenstrasse 166,
1050 Wien, Telefon (01) 546 41 285,
www.ugoed.at,
admin@ug-vida.at

„Der Arbeiter erarbeitet den Profit, alle Werte stammen aus der Arbeit und die Aufgabe der Gewerkschaften ist, aus diesem Mehrwert so viel herauszuholen wie möglich für die Arbeiter die diesen Mehrwert schaffen.“ (K.F.)

Karl wurde 1920 geboren, in einem Arbeiterviertel von Wiener Neustadt, Flugfeld, in einer kampfreichen Zeit aufgewachsen und schon als Kind in die sogenannte „Kampfzone“ herangezogen: Kinderfreunde, Naturfreunde, Arbeiterturner, Rote Falken. Am 1. Mai marschierte er mit und am Republiktag, am 12. November, gegen die Heimwehr oder gegen die deutschen Turner. Prägend für den jungen Karl war der 15. Juli 1927, Vater hatte endlich Arbeit und da hatten seine Mutter und er erfahren, dass in Wien geschossen wird und die Arbeiter demonstrieren. Die Mutter hatte panische Angst gehabt, dass ihr Mann daran beteiligt ist und auch erschossen wird. Das hat ihn sehr bewegt. Der Vater kam nach der Arbeit nicht zur üblichen Zeit nach Hause, erst spät in der Nacht kam er und erzählte: „Wir sind marschiert und



Karl Flanner

1920-2013

plötzlich schossen sie von den Dächern herunter auf uns, wir sind in Toreingänge geflüchtet, andere haben sich auf den Boden geworfen“. An diesem Tag war ihm bewusst, dass er Halbweise hätte sein können und seit damals hatte er ein gestörtes Verhältnis zu Polizei und Militär.

Im Jahre 1933 nach der Machtergreifung der Nazis kamen viele Emigranten nach Österreich. Deutsche Jungsozialisten haben Arbeiterlieder in den Höfen zu Gitarren und Mandolinen gesungen, und haben auch von den KZ's erzählt. Wer später sagte, er hat nichts gewusst von KZ's, der wollte auch nichts wissen. Nach dem Februar 1934 trat seine gesamte Rote-Falken-Gruppe geschlossen in den illegalen Kommunistischen Jugendverband ein. Seine Entscheidung begründete Flanner: „Wir hatten unsere Einstellung nicht geändert. Geändert hat sich die Einstellung der Obrigen“. Im Jänner 1935 trat Karl aus Überzeugung der Kommunistischen Partei bei.

Er organisierte zu dieser Zeit den Widerstand im Raum Wiener Neustadt gegen den aufkeimenden Faschismus. Er und einige andere Mitstreiter wurden von einem Freund denunziert, 1939 wurde er verhaftet. Bei den Einvernahmen bei der GESTAPO wurde er geschlagen und gefoltert und ihm wurden immer wieder nur zwei Fragen gestellt: „Wo sind die Schriften und wer sind die Anderen?“ Er hat nichts verraten und wurde 1940 verurteilt. Von Dachau erfolgte nach einem Jahr seine Überstellung nach Buchenwald, wo er an der Selbstbefreiung am 11. April 1945 aktiv beteiligt war. Dabei wurden etwa 200 Nazi-Aufseher festgenommen und später den Amerikanern lebend übergeben.

Karl wollte für ein freies, demokratisches Österreich kämpfen. Nach seiner Rückkehr aus dem KZ hatte die Regierung den Begriff „Opfer des Faschismus“ kreiert. Aber Karl hat sich nie als Opfer gesehen, sondern als Kämpfer gefühlt!

Nach seiner Rückkehr nach Wiener Neustadt war er zwei Wochen im Dienst bei der Staatspolizei, den er aber bald aufgab. Ab 1946 hat er wieder im RAX-Werk als Buchhalter zu arbeiten begonnen und ist bald darauf zum Betriebsabrechner aufgestiegen. Er war dann bei der Angestelltengewerkschaft organisiert, dort waren seine Buchenwaldkameraden Otto Horn als Zentralsekretär und Friedrich Hillegeist als Obmann tätig. Karl wurde Betriebsratsobmann der Angestellten und stieg auf bis zum Zentralen Leitungsausschuss. Auch an den Streiks im Oktober 1950 war Flanner maßgeblich beteiligt und organisierte im Raum Wiener Neustadt eine totale Streikfront, deswegen wurde er aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

1971 wurde er aus der Kommunistischen Partei per Einschreibebrief ausgeschlossen. Im selben Jahr bekam er den Posten im Stadtarchiv und er brachte 1973 das Buch „Widerstand in Wiener Neustadt“ heraus. Schon damals begann er eine Sozialgeschichtliche Abteilung im Stadtarchiv einzurichten. Das Haus, das ihm die Stadtgemeinde zur Verfügung gestellt hatte und das unter Denkmalschutz stand, begann er für die Zwecke des Industrieviertel-Museums zu adaptieren. Karl Flanner hat seit den 1980er Jahren zirka 500 Vorträge an Schulen, Universitäten und bei Gewerkschaftsschulungen gehalten.

Lieber Karl, Du warst ein perfektes Vorbild in meinem Leben und ein großartiger Freund. Wir werden dir stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Albert Dlabaja

Nur einen Spalt öffnet die alte Frau im rosa Morgenmantel die Tür. „Mit dem Körper verdeckt sie den Blick in ihre düstere Wohnung. ... Misstrauisch mustert sie mich.“ Kein Einlass. Wochenlang sitzt die Autorin Agata Tuszynska auf dem Gang und nimmt Wiera Grans Erzählung auf. Endlich erlangt sie etwas Vertrauen. Die Tür öffnet sich, die Wohnung ein Bunker. Angefüllt mit Säulen von Gerichtsakten, Dokumenten, Fotografien, ein schmaler Pfad dazwischen. „Man hat so viele Lügen über mich verbreitet. ... ich bin dieser Herr K. von Kafka.“



Agata Tuszynska

Die Sängerin aus dem Ghetto
Das Leben der Wiera Gran

Insel-Verlag
 Berlin 2013
 ISBN 978-3458175742
 379 Seiten.
 27,70 Euro

Bezugsquelle
 ÖGB-Verlag
 Rathausstraße 21
 1010 Wien

Ein Gerücht. Ein Gerücht mit wahren Hintergrund? Oder entstellt, erfunden, erlogen? Zeugenaussagen. Was haben sie gesehen? Was wollen sie gesehen haben? Kollaboration. Was ist Kollaboration? Denunziation ohne Not sicher. Waren alle, die überlebten, Kollaborateure? Waren alle, die tot sind, keine Kollaborateure? Es gab Kollaborateure, die dennoch tot sind. Und von den Vielen, die nicht kollaborierten, überlebten einige dennoch. Konnte dem Befehl eines SS-Manns entgegnet werden, nein, ich tu das nicht? Wenn nicht, ist das Kollaboration? Wo immer die gefeierte Sängerin aus dem Ghetto nach 1945 auftrat, das Gerücht war schon da. Die Gerichte hatten sie freigesprochen. Keine Kollaboration, im Gegenteil, sie hatte sich für Waisenkinder im Ghetto eingesetzt, Geld gespendet und gesammelt. Das Gerücht trat dem allen entgegen. Wieso hat sie auch bei den Nazis Spenden kassiert, wenn die im Publikum des Ghetto-Lokals saßen? Kollaboration! Wieso ist sie bei dem Fest eines Gestapo-Mannes aufgetreten? Kollaboration! Das Gerücht bleibt an ihr kleben, hat das Leben der „polnischen Piaf“ zerstört. Eingeriegelt lebt sie, ihre Wohnung sei verwandt, wenn sie sie verlässt, werde alles gestohlen. Die Fenster, nie geöffnet, bleiben verdunkelt. „Der Bulle“ sei Tag und Nacht auf sie angesetzt. Agata Tuszynska gelingt es mit Sensibilität und Geduld, dem ehemaligen Star Wiera Gran nahe zu kommen und in sorgfältigen Recherchen dieser grausamen Folge des Naziterrors nachzugehen.

Eva Geber